

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

137 (16.6.1919)



Wahlrecht innen — das ist Cohens neuer sozialdemokratischer Affektismus. (Große anhaltende Bewegung.) Wir wollen nicht den zweiten punischen Krieg diplomatisch vorbereiten, wir haben am ersten genug. Wir wollen Verständigung mit allen Proletariaten, vor allem auch mit denen Englands und Americas. Wir wollen keine unsozialistische Kontinentalpolitik, wir wollen internationale sozialistische Politik. Voraussetzung ist dafür unsere Gleichberechtigung mit allen Völkern der Erde. Der Kampf dafür ist noch nicht zu Ende, deshalb, Genossen, haltet Euch bereit. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

Verständlich bemerkt Cohens Neuzug: Ich habe niemals gesagt, daß die Arbeiter mit einem Wahlrecht zufrieden wären. Ich habe nur der Regierung geraten, in der Wahlrechtsfrage vorzugehen. Bei der Entscheidung über Cohens Schicksal habe ich gefordert, daß auch Ausland gehört werde, nicht bloß die Sieger. Bei dem Abstrich hätte ich nur zugestimmt, wenn die nötige politische Vorbereitung dagesewesen wäre.

Scheidemann verliest ein Protokoll, das am 3. Oktober 1918 aufgenommen wurde und beweist, daß Cohens tatsächlich zu einem anständigen Wahlrecht geraten hat. Die deutsche Arbeiterschaft sollte es sich nicht gefallen lassen, daß solche Leute hinter den Kulissen Politik treiben und jetzt als große Regeneratoren der sozialdemokratischen Partei auftreten. Die Partei braucht Einigkeit und Geschlossenheit, nicht die Zweideutigkeit und Kulisenschieberei der Cohens und Konforten. (Stürmischer Beifall.)

Cohens: Daß Scheidemann eine Niedertracht gemacht, ist nicht leugbar.

Scheidemann: Bei der politischen Bedeutung der Sache war das notwendig. Ebert und ich müßten damals an uns halten, um nicht Cohens herauszuwerfen. Die Sache wäre nie in die Öffentlichkeit gekommen, wenn nicht Cohens den Parteireformator spielte. (Großer Beifall und anhaltende Bewegung.)

Darauf wird der Antrag zur Friedensfrage und die Resolution, die wir bereits in der Samstagnummer brachten, einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Thiedemann-Düffelhorst fordert besseres Aufklärungsmaterial gegen die Unabhängigen. Durch die Schuld der Militärs hätten diese ein Schweineglück.

König-Dortmund: Noskes Energie ist zu loben. Gätten sie nur alle Minister! Die Sparatisten wollen auf Trümmern ihrer Herrschaft aufbauen.

Stolz-Dithmarshagen: Grundsätzlich sind wir antimilitaristisch bis auf die Knochen. Aber die Noskegardisten sind doch ein sehr notwendiges Übel. Wir vermüssen ein rasches Tempo im raschen Fortschritt zur Freiheit.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Wels (Schlußwort): Die Einigung wollen wir alle. Aber den Weg des Prinzipienbrotts gehen wir nicht. Wenn die Freiwilligenkorps notwendig sind, darf man sie auch nicht diskreditieren. Nur die Ausstellungen müssen wir bekämpfen. Die Angriffe gegen seine sind zum größten Teil unberechtigt. Die Parteipresse kämpft zuviel gegen die eigene Regierung und zu wenig gegen die Nationalisten. Alle Posten können wir nicht mit Parteigenossen besetzen, dazu fehlen uns die Kräfte. Die Organisation bleibt unsere Kraft und unsere Stärke. (Beifall.)

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden Schulz geht die Abstimmung über die Anträge vorzunehmen, wird Widerspruch erhoben. Anhänger des linken Flügels der Partei behaupten, nicht genügend zum Wort gekommen zu sein. Sie drohen mit Bildung einer besonderen Arbeitergruppe auf dem Parteitag.

Vorsitzender Schulz: Diese Neulinge scheinen nicht zu wissen, wie man parlamentarisch verfährt. (Allseitige Zustimmung.) Der Delegierte Dr. Tschimmer, der den Parteitag seit Beginn fortwährend durch linksradikale Zwischenrufe stört, wird von Delegierten aus dem Saale gewiesen. Die Abstimmung wird auf Freitag verlagert.

Vorsitzender Wels teilt mit, daß die Nationalabstimmung am Montag zusammenzutreten wird, um zu der Antwort der Entente auf die deutschen Gegenwortschläge Stellung zu nehmen. Am Sonntag habe die Fraktion Vorbereitung darüber. Der Parteitag müsse bis Samstag Abend fertig sein oder in der Nacht von Sonntag zu Montag weitergehen. Schluß 7 Uhr.

**Vierter Verhandlungstag.**  
Vormittags-Sitzung.

5. Weimar, 13. Juni.

Vorsitzender Schulz eröffnet die Sitzung und bittet zur Abstimmung über die zum Vorstandsbericht gestellten Anträge allgemein politischer Natur zu schreiten. Der Parteitag sei kein Kongreß von Kirchenvätern und der Fortgang der Beratungen dürfe nicht durch Epithetendiskussionen aufgehalten werden. Der Parteitag sei eine politische Körperschaft und müsse zu klaren einseitigen dem Volk verständlichen Beschlüssen kommen.

Bayer-Wichendorf beantragt Vorbereitungen zur Tagung des Parteitag am Ende dieser Woche zu treffen.

Emmel-Apolla: Auch ich halte es für zweckmäßig, daß wir den Parteitag nicht schieben, selbst wenn wir am Samstag mit anderen Arbeiten fertig sind. Wir müssen dann noch die etwa notwendige Volksabstimmung über den Frieden vorbereiten.

Vorsitzender Schulz: Gatten wir doch die Geschäfte nicht durch unnütze Geschäftsordnungsdebatten auf. Ueber all das können wir später entscheiden. (Beifall.)

Ueber den Einigungsantrag, in der Form, wie ihn Adolf Braun vorgelegt hat, also Einigung nur auf dem Boden der Demokratie und Verhandlungen nur zentral wird abschließend abgestimmt. Er wird in den einzelnen Absätzen und im ganzen gegen kleine Widerheiten angenommen.

Vorsitzender Schulz: Damit ist diese Frage erledigt. Emmel-Apolla: Nein, es steht noch der Antrag auf Einsetzung einer besonderen Verhandlungskommission aus.

Vorsitzender Schulz: Wenn zentral verhandelt werden soll, kann das doch nur durch den Parteivorstand geschehen. Man kann doch die künftige Parteileitung unmöglich bei den wichtigsten Parteiangelegenheiten ausschalten. (Leb. Widerspruch bei einer Widerheit.)

Emmel-Apolla: Ich protestiere gegen diese Wiedereröffnung der Debatte vom Vorstandssitz.

Bermann Müller: Die Verhandlungskommission müßte jedenfalls der künftige Parteivorstand sein. Denn der jetzige Parteivorstand würde natürlich nicht weiter amtiert, wenn er bei den politisch entscheidenden Fragen nicht mehr mitreden darf.

Nach weiteren Ausführungen von Emmel und Kasperstein wird der Antrag auf eine besondere Einigungskommission mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag auf raschere Demokratisierung. Die Annahme erfolgt einstimmig. Die Anträge, welche ein Mißtrauensvotum gegen die Genossen im Parteivorstand oder in der Regierung ausprechen, werden zurückgestellt. Mit überwältigender Mehrheit gelangt folgende Entschlußfassung zur Annahme:

Der Parteitag der S. P. D. stellt die uneingeschränkte Selbstständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und den in ihr wirkenden Parteimitgliedern selbst.

Der Parteitag verkennt nicht, daß unter der Regierung manches geschehen ist, was berechtigten Unmut erweckt hat und manches unterbleiben ist, was auszuführen dringend nötig gewesen wäre. Aber diese Fehlgriffe und Unterlassungen sind nicht Entsprungen dem Mangel an Einsicht, an Kraft oder an gutem Willen, sondern sie waren die Folgen schwieriger Verhältnisse, die zu bezwingen bisher nicht gelungen ist.

Der Parteitag spricht deshalb trotz der zu tadelnden Vorkommnisse seinen in der Regierung sitzenden Genossen volles Vertrauen aus. Er erkennt das hohe Maß von Selbstverleugnung an, daß sie bewiesen haben durch Übernahme der Regierung in der Zeit höchster Bedrängnis und lächelnder Herrlichkeit des Reiches nach innen und außen. Er dankt ihnen auch für die Eingabe ans Ganze, mit der sie aufgebart haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten.

Der Parteitag fordert die Regierung kräftigste Unterstützung zu bei Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergreifen werden. Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes steht hinter der Regierung stehen, wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung allseits und allenthalben demokratisiert, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staat im Sinne unseres Programms ordnet, im Heereswesen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Änderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen.

An die Parteigenossen im Reich richtet der Parteitag die Mahnung, bei Beurteilung aller Vorkommnisse stets nur von festgestellten Tatsachen auszugehen und den Unwert von Kritiken zu erkennen, die von bekanntermaßen Seiten nur zu dem Zwecke geübt werden, unsere Partei und ihre Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdigstes Vertrauen erscheinen zu lassen.

Zur Frage der Freiwilligenkorps wird der Antrag früherer nahezu einstimmig angenommen, ebenso mit Mehrheit ein Zusatzantrag, der fordert, daß unter den Truppen Aufklärungsarbeit geleistet wird. Der Belagerungszustand nur verhängt und Truppen erst dann eingesetzt werden, wenn die Parteiorganisation vorher gebildet ist und den Befehlshabern in den zeitweilig besetzten Orten Genossen aus Parteifreien beigegeben werden. Alle übrigen Anträge zur Frage der Freiwilligenkorps werden abgelehnt. Ebenso gegen wenige Stimmen der Antrag, der Noskes Rücktritt fordert. Angenommen wird eine Resolution, daß die Regierung für die vollständige Durchführung der Rede- und Pressefreiheit im ganzen Reich sorgen soll. Hingegen wird ein Antrag überall unbedingt den Belagerungszustand aufzuheben, abgelehnt.

Die Debatte wendet sich dann den Anträgen zu, die Agitation und Organisation betreffen. Besonders Presse, Bildungs- und Jugendarbeit, Frauenfrage, Agrarcommission, Programmrevision usw.

Die Anträge daß Genossen, die der Regierung angehören, nicht gleichzeitig dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission angehören dürfen, sowie daß ein organisatorischer Neuaufbau unter Ausschaltung der Genossen in der Regierung stattfinden solle, werden nicht genügend unterstützt und kommen nicht zur Beratung. Adolf Braun-Münsterberg: Unser Preßwesen ist noch sehr im Mitleid. Wir haben zu wenige und zu wenig gute Zeitungen, auch zu wenig Redakteure, deren Bezahlung oft jämmerlich ist. Sie bekommen noch weniger als die Buchhändler und diese stehen mit ihren Böden erst an dreihöfster Stelle unter den Handarbeitern. Auch der Nachrichtenendienst müßte ausgebaut werden.

Weymann-Hamburg: Das ist übertrieben. Die Redakteure werden im allgemeinen besser bezahlt als die Handarbeiter. Die Papiernot ist an allem Schuld.

Sellmann-Hamburg befragt die Aufgaben der sozialistischen Lehrer im neuen Staat und verweist auf die Schwierigkeiten, die die Schulbürokratie noch immer den Lehrern, vor allem den Landlehrern macht.

Frau Juchacz (Parteivorstand) hebt die Bedeutung einer Ausgestaltung der sozialistischen Presse auch für die Frauen hervor. Kasperstein teilt dem Mißtrauen gegen die neuemommenen Madamer entgegen.

In der weiteren Aussprache nimmt die Frage der zweckmäßigsten Organisation der Jugendlichen einen breiten Raum ein. Die Mehrzahl der Redner wünscht die Geltung der besonderen Jugendorganisationen auf das Lebensalter von 14 bis 18 Jahre beschränkt zu sehen. Dann müßten die jugendlichen Mitglieder in die Parteioorganisationen eintreten.

Vorsitzender Schulz erklärt erläuternd zu einem Vorschlag am Schluß der Donnerstagssitzung, daß der Genoss Dr. Tschimmer nicht aus dem Saale gewiesen worden ist, sondern den Saal freiwillig verlassen hat.

Damit schließt die Aussprache über Agitation und Organisation. In der Abstimmung wird der Antrag Heinrich Schulz auf Förderung des Bildungswekens einstimmig angenommen. Alle anderen Anträge zu dieser Frage werden damit für erledigt erklärt. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Schulz auf Pflege der Jugendorganisationen. Die Frage, bis zu welchem Alter sich die besondere Organisation der Jugend wird zurückgestellt bis zur Beratung des neuen Organisationsentwurfes. Ein Antrag Hamburg auf Schaffung allseits freier Jugendheime, Vereinstellung von Jugendleseställen in Schulen usw., Errichtung von Jugendherbergen in Städten und auf dem Lande und auch Anagnrisnahme geeigneter Maßnahmen gegen das Anwesenwerden findet Annahme. Ebenso ein Antrag Danzig, der die notwendigen sozialistischen Forderungen über den Jugendbuch aufstellt. Weiter wird angenommen ein Antrag Walsstall in Schlefien auf Entmilitarisierung des gesamten Kadettenkorps. Die Kadettenkorps sollen eine Heimstätte werden für begabte und strebsame Kriegswaisen. Der Antrag, der die Partei verpflichtet, die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer nach Kräften zu fördern, findet einstimmige Annahme. Die Anträge auf Einsetzung eines Ausschusses zur Programmrevision und eines Ausschusses zur Vorbereitung eines sozialistischen Agrarprogramms werden dem Parteivorstand überwiesen, ebenso sämtliche Anträge auf Förderung der sozialistischen Presse.

Angenommen werden eine große Anzahl von Anträgen, die den Parteitag auffordern, über alle wichtigen politischen Fragen schleunigst Aufklärungsmaterial zu verbreiten und Aufklärungs- und Werbematerial in größeren Massen als bisher zu verteilen, die Agitation unter den Privatangehörigen zu fördern, die landwirtschaftlichen, finanziell schwachen Kreise ausgiebig zu unterstützen, be- lehrte von Mitgliedern der S. P. D. ihnen die Zeit der Mit- gliedschaft usw. anzurechnen usw. Der Antrag auf Gründung einer Zentrale für die sozialistische Agitation unter den Beamten wird dem Parteivorstand überwiesen. Einstimmig angenommen wird ein Antrag Hamburg auf planmäßige Förderung der Auf- klärung und Organisation der Frauen. Schließlich wird auch der folgende Antrag Müller-Potsdam und Genossen mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungsdämter innehaben, der Partei verantwortlich sind. Er erklärt ferner, daß die Verleumdung eines Regierungsdamts kein Grund sein kann, den in Betracht kommenden Genossen das Recht abzuerkennen, im Parteivorstand der Kontrollkommission und Parteinstanzen Vertreter anzunehmen.

Es folgt der Bericht der Organisationskommission.

König-Dortmund: Seit 1912 haben wir keine wesentlichen Änderungen am Statut vorgenommen. Den gewaltigen Um- staltungen seit jener Zeit muß endlich Rechnung getragen werden. Wir müssen unseren Parteikörper durch eine umfassende Reorganisation den neuen Verhältnissen anpassen. Dazu wollen wir unser Parteistatut nicht neu bauen, sondern umbauen, indem wir das Bewährte behalten. Die Organisation soll strenger zusammengefaßt werden als bisher. Sie ist noch der Revolution reichlich in die Breite gegangen. Jetzt soll sie so gestaltet werden, daß die Massen der Arbeiterschaft auch gut ausgebildet werden.

Im § 1 wäre die Frage des Eintrittswortes in die Partei zu regeln. Wir haben sie offen gelassen, nehmen aber an, daß im allgemeinen die Jugendlichen vom 17. Lebensjahre an auf die Pflicht hingewiesen werden sollen, sich der Organisation anzuschließen. Die wichtigste Änderung des Statuts ist bei der Gliederung der Organisation erfolgt. Die Wahlkreise waren etwas historisch Gegebenes, aber nicht mehr zweckmäßig. Grund- lage der Organisation wird jetzt der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgetrennt werden soll. Darin kommt der Zentralisationsgedanke zum Aus- druck. Der Bezirksverband soll die Einheitslichkeit im Wollen und Handeln sichern, einheitliches Material, Bücher, Listen, Abreda- nungen herbeiführen, in ihm liegt das Schwergewicht bei Agita- tionen und Wahlen, bei ihm die Verteilung des Agitationsma- terials und der finanzielle Ausgleich. Daß die Wahlkreiseinteilung der verlassenen Nationalabstimmung mit ihren Wahl- kreisen über zwei und unter einer Million Einwohnern dauern bestehen bleibt, ist unabweisbar. Nebenfalls können wir uns nicht darauf festlegen. Der Landesverband Preußen hat mit der Erringung des gleichen Wahlrechts seinen Zweck erfüllt. In Württemberg und Baden ist das Land identisch mit dem Bezirke. Sachsen ist bereit, seine Landesorganisation aufzugeben. Auch Bayern wird darauf verzichten müssen, da die Bezirke das Recht erhalten werden, zu Landesversammlungen zusammenzutreten. Nebenfalls muß in der Parteioorganisation der Einheits- gedanke der Republik verwirklicht werden. In den Bezirken können Unterbezirke nach Bedarf und Zweckmäßigkeit eingerichtet werden. Die werden in Zukunft gar andere Aufgaben haben als bisher. Der erungene tatsächliche Einfluß der Partei auf Gemeinde und Kreis wird in einer viel härteren Behandlung kommunaler Fragen seinen Ausdruck finden. Die Orts- vereine werden mit dem Bezirk direkt verkehren.

Was die Verteilung der Sinnamen anlangt, so ver- langt der Parteivorstand mit Recht einen höheren Prozentatz. Etwa 20 Prozent werden am Ort bleiben, etwa 25 Prozent nach Berlin abzuführen sein, über den ganzen Rest verfügen die Bezirke. Innerhalb der Ortsvereine können Bezirke, Sektionen oder dergleichen gebildet werden, aber vor allem örtlich nicht als besondere Organisationsabteilungen einzelner Berufsgruppen. Das System der Fabrik- und Werkstattvereine, Leute ist in die Organisation einzugliedern. Sie sollen werden, organisieren und die Partei in ihrer unmittelbaren Fühling mit den Genossen in Betrieb halten. Doppelmittglied- schaften sollen unzulässig sein. Der Parteitag soll grundsätzlich wöchentlich erhoben werden und für männliche Mitglieder 20, für weibliche 15 Pf. betragen. 135 Wahlkreise ergeben bereits jetzt diesen Beitrag für die männlichen Mitglieder, 108 Wahl- kreise für die weiblichen Mitglieder. Invaliden, Jugendliche, Kriegsbeschädigte usw. können auf ihren Antrag vom Bezirk Er- laß oder Herabsetzung der Beiträge erlangen. Zur Deckung der Ausgaben der Zentrale für die Presse sollen die Parteigeldsätze 20 Prozent ihrer Heberhöhen an den Vorstand abliefern.

Der Parteitag darf nicht wesentlich mehr als vierhundert Delegierte haben, sonst kann er nicht mehr praktisch arbeiten. Wir rechnen mit einer wachsenden Organisation und einer automatischen Vermehrung der Delegiertenzahl. Nach diesen Gesichtspunkten haben wir unsere Staffellung vorgeschlagen. Nach- träglich gestrichen haben wir in dem Entwurf die Bestimmungen, daß kein Bezirk mehr als 12 Delegierte haben darf; die Zahl ist nicht mehr wie früher Trägerin der ganzen Bewegung. Es wird deshalb genügen, daß sie ein Fünftel ihrer Mitglieder zum Parteitag delegiert. Hingegen sollen die Parteiausführenden Mitglieder zum Parteitag zugelassen werden. Sie sind es, die in organisa- torischen und hochpolitischen Fragen die Tätigkeit und Haltung des Parteivorstandes entscheidend beeinflussen. Dringend ab- zuraten ist von einem besonderen Frauenbeitrag. Wir können grundsätzlich keinen Unterschied mehr zwischen Frauen und Män- nern machen. Je mehr tüchtige Frauen wir haben, umso mehr führende Stellen und auch Plätze im Parteiausführenden sie einnehmen. In Bezirken mit mehr als 10 000 weiblichen Mit- gliedern soll eine Frau zum Parteiausführenden entsandt werden.

Der Parteivorstand soll bestehen aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Sekretären und unbesoldeten Beisitzern. Der Parteitag wird für- über jeweils entscheiden müssen.

In dieser Weise hat die Reorganisationskommission gemäß den Anträgen und Anregungen Rechnung zu tragen. Eine ge- schlossene Organisation wird immer die Energiequelle der sozial- istischen Bewegung sein. Hoffentlich gelingt es unserer Organi- sation, das ganze Parteileben kraftvoll zusammenzufassen, und wirksam vorwärts zu bringen, damit die Partei in Geschlossen- heit und Einigkeit die großen Aufgaben erfüllen kann, welche die Gegenwart ihr mehr als jede frühere Zeit stellt. (Beifall.)

**Wittagspause.**

**Der neue Parteivorstand.**

Weimar, 14. Juni. Auf dem Parteitage der Sozialdemo- kratischen Partei Deutschlands, wurden heute zu Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt die Gen. Herrn Müller- Wreslau, Otto Wels-Berlin, zu Kassierern Partels und Braun. Schließlich wurden in den Vorstand noch gewählt: Scheidemann, Mollenhagen, Fannnuch, Heinrich Schulz, Frau Juchacz, Adolf Ritter, Otto Franz und Frau Magnia. Den Schluß der heutigen Sitzung bildeten die beiden Referate über das Präsidium, wie es der Verfassung ein- verleibt werden soll. Es sprachen Dr. Einsheimer und Cohens- Neuz. Der Parteitag wird am Sonntag fortgesetzt werden und mit der Verabschiedung des Gesetzes über das Präsidium be- schließen werden. Am Sonntag nachmittag werden die sozialdemo- kratischen Frauen eine Konferenz abhalten.

**Scheidemann-Cohn.**

Aus Weimar schreibt uns unser Waden-Badener Mitarbeiter unterm 13. Juni:

Da die rege einsehende Aussprache über Scheidemanns und Bernsteins Referat sich hauptsächlich, ja ausschließlich Bernstein widmete, hatte Scheidemann keine Gelegenheit, sich nochmals mit einem Programm auseinanderzusetzen, was sehr bedauerlich ist und sich später auch als Fehler herausstellen dürfte. Er konnte seine Worte ganz den Ausführungen von Cohens widmen und tat dies so leidenschaftlich, daß man keine eine persönliche Spitze vermuten könnte. Doch seine Ausführungen waren von so durch- schlagendem Erfolg, daß Cohens, alle Neu-Revisionisten und ihre Kontinentalpolitik erledigt sein dürften.

Vernunftin berichtigte verschiedene seiner Ausführungen und betonte, den Wert der Internationale im gegenwärtigen Mo- ment nicht zu unterschätzen. Die heute morgen vorgenommenen Abstimmungen über ver- schiedene Anträge, Einigungsbestrebungen, Freiwilligenkorps, Bil- dungsprogramme usw. wurden jeweils mit großer Mehrheit an- genommen, zum Teil einstimmig; andere Anträge und Wünsche, Revision des Programms, Agrar-Programm, wurden dem Vor- stand als Material übermieien. Es erledigte allgemein, daß die Anträge jeweils mit großer Mehrheit oder gar einstimmig an- genommen wurden. Nunmehr wird das neue Organisationsstatut beraten, das den heutigen Tag in Anspruch nehmen dürfte, da der Vorschlag des P. B. eine lebhafteste Ansprache hervorgerufen hat. Morgen kommt der Fraktionsbericht, dem man mit Span- nung entgegensteht.

### Die U. S. P. und die „Blutunde“ Noskes.

Karlsruhe, 16. Juni.

Es ist begreiflich, daß die Enthüllungen des Genossen Noske über die Verhandlungen der Unabhängigen mit führenden Generälen der freiwilligen Truppen den Unabhängigen, dieser Partei schmerzliche Genüge und wüster Demagogie, graulich auf die Nerven geschlagen haben, und daß sie sich aus dieser für sie zum Himmel stinkenden Affäre herauszureiben versucht, so faul es auch gehen mag. Wen vermöchte sie aber selbst mit der größten Blut von Worten, über die klaren, un- widerlegbaren Tatsachen hinwegzubetrügen?

Latzkahe ist — daß es nicht ein besessener Unabhängiger war, der diese Verhandlungen führte, sondern einer ihrer führenden Köpfe, der ehemalige Volksbeauftragte Emil Barth, der nach dem Austritt der U.S.P. aus der Regierung im Auftrag seiner Partei das ganze Reich bereiste um das Volk für die zweite Revolution reif zu machen, und der bei dieser Agitation es auch selbst an Bezeichnungen der Freiwilligen nicht fehlen ließ. Außerdem soll nach dem „Vorwärts“ noch ein zweiter Unabhängiger mit anderen Truppenteilen verhandelt haben.

Latzkahe ist — und Herr Barth mag sich hinauszureden versuchen wie er will —, daß der Zweck dieser Verhandlungen der war und gar kein anderer sein konnte, als die Freiwilligen für die Unabhängigen zu gewinnen und sie zur Grundlage der Macht der künftigen unabhängigen Regierung zu machen, d. h., daß Barth die U.S.P.-Regierung, deren Mitglied er wohl werden würde, auf die Spitze der Bonaparte dieser „Noske-unde“ und auf deren Generäle — die Generäle des „alten vrenschlichen Militarismus“, wie man sie nannte — stützen wollte.

Am diesen klaren Tatsachen können die faulen Ausreden der „Freiheit“ nicht das Geringste ändern. Denn maß als eine „faule Ausrede“ kann die plötzliche Abhülftelung Barths nicht angesehen werden: nachträgliche Desavouierung ist billig. Wenn es aber der U.S.P. ernst gewesen wäre mit ihrer Abneigung gegen den Schritt Barths, hätte sie da nicht schon vor Wochen durch eine öffentliche Erklärung von ihm abtrüben müssen, zumal sie, wie die „Freiheit“ jetzt behauptet, von Anfang an gewußt hat, daß die Sache doch an die Defensivität kommen würde. Und wenn möchte die U.S.P. erstreben, daß sie, wenn Barths Versuch gescheitert wäre, es abgelehnt hätte, die Hilfe der Freiwilligen in Anspruch zu nehmen? Im übrigen ist es eine alte und jedem Finger im Wasser der Un- schuld zu wachen und so zu tun, als ginge einen die ganze Affäre nichts an.

So stellt sich denn zu der ganzen bodenlosen Heuchelei, mit der die U.S.P. nach vorn gegen die Freiwilligen blindwütig losbrachte und an ihnen keinen guten Heben ließ, hinterher aber zu gleicher Zeit sich ein Barth heiß bemühete die „Blutunde“ zur U.S.P. hinüberzugießen, so stellt sich zu dieser geradezu unanständigen Moral mit dem doppelten Boden noch im Schlußakt der Affäre die heile Unaufrichtigkeit die nicht den Mut hat, zur eigenen Tat zu stehen, und nach dem Mißlingen ihres Versuches den Versuch, es abgelehnt auch ein Führer, einfach über Bord wirft, während sich selbst so aus der fatalen Sache herausziehen zu können.

Wenn es je in der Geschichte der politischen Parteien einen Skandal gegeben hat, dessen Stank bis zu den Wolken steigt, so ist es dieser: die U.S.P.-Politik ist durch die Enthüllungen Noskes endgültig als das gefensterte, als was jeder, der einigermaßen die Dinge durchschaut, sie von Anfang an kannte: als eine Politik niedrigerer Demagogie, schäblicher Heuchelei und ihre Partei als die — im wahren Sinne des Wortes — „kompromittierte“ der Welt.

### Die Ausreden der Unabhängigen.

Berlin, 12. Juni. Die „Freiheit“, das Organ der Un- abhängigen, hat in ihrer heutigen Abendausgabe einen be- ruhmten Standpunkt gegenüber den Enthüllungen in der gestrigen Rede Noskes gegenüber. Sie küßt die ganze Angelegenheit, die sich nicht bestritten läßt, samt dem dabei so reißlos bloßge- setzten Genossen Barth einfach von der Partei ab. Die „Freiheit“ schreibt: Wir haben von der Geschichte einer sol- chen Unterredung vor ein paar Tagen gehört und, so viel wir wissen, ist dem Genossen Barth kein Zweifel gefallen worden, daß diese Unterredung ein Unwag und eine kühnliche Wunde gewesen ist, ganz gleichgültig, was dabei gesprochen wurde. Wir zweifeln auch keinen Augenblick, daß diese Unterredung Herrn Noske mitgeteilt würde, und sind von der Enthüllung daher gar nicht überrascht. Wir bedauern es, daß solche Er- trübungen vorkommen können, und sind der Meinung, daß Genossen, die so leicht in die Falle gehen, für führende Stellen nicht gerade die nötige Eignung besitzen. Die Partei als solche hat natürlich mit der ganzen Geschichte nicht das geringste zu schaffen (?!), und es ist nur lächerlich, wenn Herr Noske erzählt, wir Unabhängigen wollten uns auf seine Freiwilligen- truppen stützen. Gilt man uns wirklich für so naiv, und hat man ganz vergessen, daß wir erst vor kurzem ausdrücklich er- klärt haben, die Übernahme der Macht sei uns für den gegen- wärtigen Zeitpunkt aus dem Grunde unmöglich, weil die realen Machtverhältnisse sich in den Händen der Klassengegner der Prole- tariats befinden. Nein, Herr Noske kann beruhigt sein. Wir machen ihm keine Konkurrenz. Auf dem rechtssozialistischen Parteitag läßt sich die Enthüllung einer gewissen Ein- druck gemacht zu haben, und das ist bezeichnend für das politi- sche Niveau dieser Körperschaft. Es handelt sich um nichts weniger als darum, daß Noske durch die Enttarnung des Proletariats und die Bewohnung der Bourgeoisie die Revo- lution ruiniert und die Arbeiterklasse um die Früchte ihres Sieges gebracht hat. Der Parteitag läßt sich durch eine Ein- trittsverpflichtung ablenken und sichert über eine kindliche, statt auf die weltanschauliche Frage nach dem Schicksal der deut- schen Revolution die Antwort zu jucken! Welche Führer und welche Genossen!

Am Anschluß an diese Ausführungen erhält Genosse Emil Barth das Wort. Er darf (aber nicht) solches bekun- den: Zu den Enthüllungen des Herrn Noske habe ich fol- gendes zu erklären: 1. Ende Mai habe ich zwei Unterredun- gen mit Offizieren der Gardeabteilung Schützenbataillon ohne Waffen und Patronen der zentralen und örtlichen Parteisek- tion gehabt. 2. War ich von der Rückwärtsentwicklung und der Weiterentwicklung dieser Unterredung an Herrn Noske von ganzem Herzen überzeugt. 3. Ist in der Unterredung weder über

den Sturz der Regierung, also auch noch viel weniger über eine Übernahme derselben durch uns ausgesprochen worden. 4. Über die Motive, die mich veranlaßten, an dieser Unterredung teilzunehmen, lehne ich vorläufig ab, mich zu äußern. Emil Barth.

### Badischer Landtag.

Nachmittags-Sitzung vom 13. Juni.

Vizepräsident Maser eröffnet die Sitzung um 3.50 Uhr. Eingegangen ist eine Interpellation der Frau Abg. Fischer (Soz.) u. Gen., in der gefragt wird, was die Regierung zu tun gedenke, um die Bevölkerung im kommenden Winter mit dem nötigen Brennmaterial zu versorgen. Es wird in der Beratung der deutschnationalen Interpellation fortgeführt.

Abg. Fischer (D.Nat.) wendet sich gegen die Vorwürfe, die seiner Fraktion wegen der Schuld am Unglück Deutschlands gemacht wird. Wie können die fünf Mitglieder, die meine Fraktion zählt, Schuld am Unglück Deutschlands sein? (Geheult.) Wir sind keine bereit, mitzuarbeiten und haben für die Befreiung ge- stimmt. Wir lassen uns nicht vorhalten, daß wir Schuld am Un- glück Deutschlands sind.

Minister Kemmle macht verschiedene Bemerkungen zu den Ausführungen des Abg. Maser, die im Gegensatz zu den Ausführungen Maser's-Archiv stehen. Wir hätten die Absicht, ein Resolutionen zu fassen, aber da befragte sich die andere Seite, weil sie ausgeschlossen werde, weshalb wir die Freiwilligen-Partei gründen. Jedenfalls trug die Debatte zur Klärung der Situation bei, indem sie die Ansicht der deutschnationalen Fraktion bestätigte. Wie weit wir zu unserer Stellung zu den Deutsch- Nationalen berechtigt sind, geht aus den Ausführungen der Deutsch- nationalen „Badischen Partei“ hervor, die alles, was auf der Straße vorgeht, der Regierung in die Schuhe schiebt. So wird von deut- schnationaler Seite allgemein verjuckt, die jegliche Erregung gegen die Regierung auszunutzen. Auch die Arbeiter der Mehrheitssozial- demokratische sollten endlich klare Stellung zur jetzigen Regierung einnehmen. Die geheime Abstimmung in Mannheim beweist, daß die Benutzung allmählich wiederkehrt. Die Dinge brau- chen jedoch Zeit. Wenn die deutschnationalen Partei nicht mit den Kommunistenarbeiten will, dann muß sie ihre Begehr lassen. In Weisburg haben wir bereits ein Wahlbündnis zwischen Deutsch- Nationalen und Unabhängigen. Ich danke den Vertretern der Mehrheitsparteien, daß sie für die Situation der Regierung volles Verständnis haben. Wenn wir angerannt werden, dann müssen wir uns unserer Haut wehren.

Abg. Fischer (D.Nat.) wendet sich nochmals dagegen, daß seine Fraktion für die Sünden der Junker verantwortlich gemacht wird.

Abg. Maser-Karlsruhe bemerkt, daß seine Fraktion die Ver- antwortung für die Interpellation übernimmt. Wer behauptet, daß das alte System am Zusammenbruch schuld sei, dem muß man den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit machen. In den heutigen Verhältnissen ist die Revolution, der Umsturz schuld. Die Freunde am Antiteil nimmt bei der Regierung zusehends ab.

In persönlicher Bemerkung stellt Abg. Weismann (Soz.) fest, daß er keine Verbindung gegen den Reichswehrminister Noske ge- braucht, wie Abg. Maser meinte.

Die Beratung der Interpellation wird geschlossen. Es folgt die Interpellation des Zentrums über den Sturz der persönlichen und Pressefreiheit.

Abg. Strauß (Zentr.) begründet die Interpellation, die zum Gegenstand hat, daß in Billingen verschiedene Personen, dar- unter Mitglieder des Arbeiterrates, den Redakteur Fehrer de- vom „Billinger Volksblatt“ zwangen, die Zeitung dieses Blattes niederzulegen und innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Der Vorgang geriet niemand zu Ehren und eine Reihe von Ver- einen wanden sich dagegen. Man wollte mit diesen Vorgängen Front machen gegen die Zentrumspartei. Ähnliche Verurde sind in den letzten Tagen in Offenburg gemacht worden (Abg. Schöfer: Pressefreiheit!). Diese Vorgänge sind ein großer Verstoß gegen die freie Meinungsäußerung und gegen die Pressefreiheit. Außer- dem haben sich die Herren Geisler des Landfriedensbruchs schuld- dig gemacht, wozu sich die Regierung äußern muß.

Abg. Weismann (Zentr.) berichtet über die Petition des Landesverbandes badischer Redakteure, die gegen die Verletzung der Pressefreiheit im Falle des Redakteurs Fehrer in Billingen protestiert.

### Minister Kemmle

gibt eine Darstellung des Falles, nach dem die Soldaten eines Ersatzbataillons den Anstöß gaben. Allgemein wurde erklärt, es gäbe keine Ruhe, solange dort Besetze in Billingen lie. Die sozial- demokratische Partei in Billingen ist durch die Vorgänge völlig überfordert worden. Sinzu kommt, daß Herr Fehrer seine Abneigung gegen die Arbeiter- und Soldatenräte durch zum Ausdruck brachte. In letzter Zeit schief die Sache ein; der Redakteur hat seine Tätigkeit bereits wieder aufgenommen. Mit einem Protest wegen Landfriedensbruch zu kommen, wird sehr schwer sein. Wir sind gewillt, uns in Zukunft in schärfer Weise gegen solche An- scheinungen zu wenden, weil wir jetzt die technischen Mittel dazu haben und auch durch eine bald eintretende bessere Ernährung der Wille zu Erfolgen sehen wird. Wir bedauern die Vorgänge und bedauern, daß uns damals die Möglichkeit fehlte, sofort ein- zusetzen zu können.

Es wird in die Beratung der Interpellation eingetreten. Abg. Gieseler (Zentr.) bedauert die Vorgänge und stellt fest, daß keine Billinger Bürger an der Sache beteiligt waren.

Abg. Flaig (Soz.): Die Angelegenheit kam von Gerichten, daß ein Anschlag auf das Lebensmittellager in Billingen vorge- nommen werden sollte. In der abgehaltenen Versammlung wur- den die Wünsche der Bevölkerung geäußert, darunter der nach Amisnieberlegung des Redakteurs Fehrer. Hieran waren nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Zentrumsleute beteiligt, weil sich Fehrer durch seine Angriffe gegen die Arbeiterräte mislieb-ig machte. Durch die Schweißsche Fehrer wurde die Stimmung gegen ihn immer gereizter. Ich bedauere die Vorgänge in Bil- lingen und ein großer Teil der Billinger Arbeiterklasse ebenfalls.

### Abg. Weismann (Soz.)

erklärt, daß in keiner Weise die Pressefreiheit angefaßt werden darf. Doch ist in erregten Zeiten eine gewisse politische Diplomatie nötig. Ich schließe mich dem an, was bereits Minister Haas früher zu diesem Falle sagte. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch das nationalliberale Blatt Billingers regten sich über die Schweißsche Fehrer auf. Aus diesen Verhältnissen heraus sind die Geschicknisse zu begreifen. Warum bringt das Zentrum immer gleich Interpellationen ein? Der „Vorwärts“ in Berlin, die „Volksstimme“ in Mannheim vor tagelang befeht und doch haben wir keine Interpellation eingebracht. Daran sollte sich das Zen- trum ein Beispiel nehmen.

Abg. Schöfer (Zentr.) vermutet hinter diesen guten Rat eine gewisse Absicht, die zur Vorsicht zwingt. Bei der Belegung des „Vorwärts“ und der „Volksstimme“ handelte es sich um famili- enangelegenheiten. (Geheult.) Bei uns ist es jedoch schon Land- friedensbruch. Wenn die fremden Elemente aus der badischen Arbeiterklasse hinauskommen, gibt es Ruhe.

Abg. Gieseler (Zentr.) stellt fest, daß wohl Zentrumsleute in der Versammlung waren, doch seien diese nicht für die Aktion ge- wesen.

### Abg. Misch (Soz.)

bemerkte, daß ihm unter dem Vorwand der Pressefreiheit neulich auch von Zentrumsseite die Forderung einer Friedensdemonstration vorgeworfen wurde, weil er erklärte, im Jahre 1914 habe die Sozialdemokratie allein für den Frieden demonstriert. Solche An- griffe gegen die Sozialdemokratie haben nichts mit der Presse- freiheit zu tun.

Abg. Strauß (Zentr.) bemerkt im Schlußwort, daß wenn die Meinungsfreiheit besteht, das Recht vorhanden sein muß sich gegen die Arbeiter- und Soldatenräte zu wenden. Die Regierungser- klärung beruhte uns angenehm.

Die Beratung der Interpellation wird geschlossen.

### Abg. Mühlberger (Soz.)

bemerkte zum folgenden Punkt der Tagesordnung, Soziallie- tungsinterpellation, daß es sich hier um die wichtigste Frage des Landtages nach der Verfassung handle. Diese Frage erfordere eine gründlichere Behandlung als es in der vorgeschrit- ten Zeit heute noch möglich sei. Der Redner beantragt deshalb den Gegenstand morgen oder in den nächsten Tagen in einer be- sonderen Sitzung zu behandeln.

Abg. Krauß (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Frak- tion Wert darauf lege, daß die Frage morgen oder in den nächsten Tagen behandelt wird.

Abg. König (Dem.) verkennt nicht die Wichtigkeit der Vorlage. Doch ist der morgige Tag nicht geeignet. Die Frage wäre besäht an einem der nächsten Tage zu behandeln.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Gieseler (Zentr.), Schöfer (Zentr.), Misch (Soz.), Mühlberger (Soz.), Krauß (Soz.), Gieseler (Dem.), Maser, Heidelberg (Soz.) wird der Punkt der Tagesordnung vertagt.

Nächste Sitzung: 24. Juni. Tagesordnung: So- zialisierunginterpellation. Schluß der Sitzung: 6 Uhr.

### Baden.

Die Unabhängigen-Aktion in Stodach. Unter der Füh- rung des berüchtigten Rechtsanwalts Wieland haben die Un- abhängigen auch in der „Aktion“ mitgewirkt. Uniere Partei- genossen gerieten mit den Unabhängigen Wielandischer Ob- servanz heftig aneinander, weil diese in Maßnahmen greifen wollten und schließlich auch gegriffen haben, die wir für die Stodacher Arbeiterbevölkerung als nicht zum Vorteil gereichend ansehen. Wieland hat es schon lange auf den Oberamtmann Dr. Pfaff abgesehen, den er für die Lebensmittellager in Stodach verantwortlich macht; er nahm nun eine echt Wie- land'sche Radikalkur vor und legte mit seinen ihm leider blindlings folgenden Anhängern von der U.S.P. den Ober- amtmann Dr. Pfaff kurzerhand ab. Natürlich kann sich dies die Regierung in Karlsruhe nach einer Mitteilung der „Karlsru- her Zeitung“ durch das Ministerium des Innern angeordnet, daß Oberamtmann Dr. Pfaff auf seinen Posten zurückkehrt. Zugleich hat sie ein Gendarmerieaufgebot zur Durchführung dieser Anordnung nach Stodach kommandiert. Ferner ist gegen das geraltätige Vorgehen der U.S.P. staatsanwaltliche Unterredung eingeleitet worden. An- dererseits werden natürlich Verurde über die Dienstfüh- rung des Herrn Dr. Pfaff eingehend gebrüht.

Das Ungelebte an dieser Affäre ist jedoch, daß sich Ar- beiter von einem politischen Querulanten wie Wieland er- löst, zu solchen Unbedenken hinreißen lassen. Wieland war erit bei den Nationalliberalen, dann bei den Fortschrittlichen und hat sich kein Kriegsbeginn in Lörros in unsere Partei aufnehmen lassen. Dann siedelte er nach Stodach über und ist jetzt der unbedingte Seker gegen die Mehrheitssozialdemo- kratie. Und solchen Leuten vertrauen sich Arbeiter an. Denn eines Tages pfeilt Wieland auch auf die U.S.P.-Leute und überläßt sie ihrem Schicksal. Wenn Sozialdemokrat wird für ein Gendarmerieaufgebot fürwärmen, aber Demagogen vom Schlage Wieland kann man ihr arbeitserwidriges Hand- werk kaum auf andere Weise legen.

Direktor Adolf Roth, der Leiter des Archivrats des Ba- dischen Landtags, hat wegen vorgeführten Alters den Landtag um Verleihung in den Ruhestand gebeten. Diese Nachricht wird von allen denen, die beruflich mit Direktor Roth zu tun haben, mit großem Bedauern aufgenommen werden. No- mentlich die Vertreter der Presse haben seit Jahren die Per- sönlichkeit des Direktors Roth schätzen gelernt, ebenso in den Kreisen der Abgeordneten weiß man auch die Tätigkeit des Direktors Roth vollumfänglich zu würdigen. Persönlich ist Direktor Roth ein Mann von großer Herzengüte, als Beamten Ansehen ihn jene offenkundigen Beamtentugenden der Pflicht- treue, der lauterer Eifer und treuen Hingabe für Vaterland und Ge'mat. Direktor Roth ist 1851 in Schwandorf, Mitt- Stodach geboren, er ist also jetzt 68 Jahre alt.

\* Die Revolution maršiert! In einem Erlasse des Justiz- ministeriums wird ausgeführt: Die Amtsrufe soll es unbeden- kelicher Kürze sowohl Vorgesetzten und Beamten wie Privatpersonen gegenüber an der gebührenden Rücksicht und Höflichkeit nicht fehlen lassen und jede Schroffheit vermeiden. Veraltete oder leere Höf- lichkeitsformeln wie Hochwohlgebornen, Wohlgebornen, geziemend, er- geben, ehrerbietigst angefleht, gefälligst usw. sind nicht zu ge- brauchen. Im Umgang der Beamten und Schreiber soll jede Ein- gangsformel wegfallen und sofort mit der Angabe des Tatsäch- lichen begonnen werden. Werden darin mehrere Punkte be- handelt so sollen sie durch Vorsetzen von Ziffern getrennt werden.

\* Stodach, 13. Juni. Das hiesige Zentrumorgan, die „Ma- statter Zeitung“, warnt in einem heutigen Leitartikel vor dem Einheitsstaat, da ihrer Meinung nach die Geschlossenheit des Reiches nur auf dem Wege der Bundesstaaten erzielt werden kann.

\* Offenburg, 12. Juni. Die in der Gengenbacher Maßfabrik lagernden großen Vorräte des Jahres Froviantamts, vor allem Zucker und Lebensmittel, sind zum großen Teil zur Verteilung durch den Städteintaus an die bad. Bevölkerung abgeführt wor- den. Einige Eisenbahnwagenladungen mit Zucker waren nach Wagsburg bestimmt. Auf Verwendung des hiesigen Arbeiterrats hin wurde aber der Zucker angehalten und soll hier verteilt werden.

W.A. Mühlheim, 14. Juni. Seit längerer Zeit ist hier wieder ein Zug mit Angezwungenen angekommen. Diesmal waren es 250 Eisenbahner, die sich freiwillig hatten auswei- sen lassen. Die Stimmung unter den Ausgewiesenen war durchaus nicht gedrückt. Sie erzählten, daß die Wohnung Mühlheimens stark ipartafittisch angebaudt sei und daß es wiederholt zu Widerlichkeiten gekommen sei. Wegen der Streiks werde kein Urlaub nach Paris erteilt. Heute sollen verschiedene Regimenter unmittelbar an dem Rhein gelegt werden, um sie für einen eventuellen Einmarsch bereit zu haben. Andererseits wurden aber auch große Mengen Waren von den Geschäftleuten angekauft, um sofort nach Baden hin- überzuführen zu werden.

W. W. Dreifach, 14. Juni. Wie seinerzeit gemeldet, waren französische Pioniere mit der Wiederherstellung der im Dezember vorigen Jahres durch Hochwasser zerstörten Schiffsbrücke beschäftigt. Dieselbe ist gestern vollendet worden. Auf dem rechtsrheinischen Ufer wurde die Trifolore gegipst. Da heute auf der schifflichen Seite alles in Flammenstand drängt, ist anzunehmen, daß dort hoher militärischer Besuch erwartet wird.

Zahr, 11. Juni. Ein 23-jähriger lediger Fabrikarbeiter sandte an einen hiesigen Fabrikanten einen anonymen Brief, in dem er ihn aufforderte, innerhalb kurzer Zeit beim hiesigen Postamt 10 000 M postlagernd zu hinterlegen, widrigenfalls ihm schweres Unglück drohe. Der Brief wurde festgenommen.

Konstanz, 11. Juni. Ein Schieber und Schmuggler aus Norddeutschland hatte einen Fischer vom See bestochen, ihn nach dem Schweizer Ufer zu fahren, wo Gummi in Empfang genommen werden sollte. Die Grenzschutzbesatzung des Schiffs und der Schieber wurde durch einen Panzerschuß schwer, der Fischer leicht verletzt.

W. W. Konstanz, 14. Juni. Die hiesige Arbeiterschaft trat gestern von morgens 7 Uhr bis heute morgen 7 Uhr in einen allgemeinen Streik gegen die Ermordung Einers, und Landauers und die Ermordung Lebins-Rissen. Der Tag verlief ruhig.

**Der Jungdeutschlandbund Baden aufgelöst.**

Nachdem man sich bereits in der vorletzten Landesversammlung des Jungdeutschlandbundes Baden im Prinzip über die Notwendigkeit der Auflösung desselben einig geworden war, trat am Freitagabend der Vorstand zusammen, um über die endgültige Auflösung desselben Bescheid zu fassen. Im Hauptsaal des Hotels 'Zur Post' wurde die endgültige Auflösung des Bundes einstimmig beschlossen. Die Beschlüsse sind: 1. Der Jungdeutschlandbund Baden wird aufgelöst. 2. Die Vermögensgegenstände des Bundes werden an die Landesversammlung der Arbeitervereine Baden übertragen. 3. Die Mitglieder des Bundes werden aufgefordert, sich innerhalb einer Frist von vier Wochen aus dem Bundesverhältnis zu lösen. 4. Die Mitglieder des Bundes werden aufgefordert, sich innerhalb einer Frist von vier Wochen aus dem Bundesverhältnis zu lösen.

**Ein Wirtstrost in Feilburg.**

Im Zusammenhang mit der Schließung einiger großer Gasthäuser und der Beschlagnahme größerer Biermengen, die nach Ansicht der Behörden aus dem Schleichhandel herrühren, haben die vereinigten Gastwirte und Gastwirtschaftlichen von Feilburg und Umgebung ein Memorandum an die badische Regierung gerichtet, in dem sie die sofortige Aufhebung der Schließung der betreffenden Gastwirtschaftsbetriebe verlangen, widrigenfalls alle Wirtschaftsbetriebe von Montag, den 16. Juni, ihre Betriebe bis auf weiteres schließen werden. In der Beschlussempfehlung, in der dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde, wurde dagegen protestiert, daß man hinsichtlich der Lebensmittelversorgung nach der veralteten Methode verfahren. Die Gastwirte dürfen nicht mit Schleichhändlern auf eine Stufe gestellt werden.

**Zur Nachtstille.**

Aus Appeltrod brachten wir in der Nummer vom 17. April d. J. eine Einwendung, die nach nachträglichen Feststellungen einer Berichtigung bedarf. In besagter Einwendung wurde dem Schöffen Herrn Gerlach Herr Dr. Schliephacke zum Vorwurf gemacht, daß er als Junggehilfe bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot neben einem Schick eine Villa sowie ein Gut in Esselsbach bewohne und noch das Kirchhaus Weitenbrunn erworben habe.

Wir werden nachträglich darauf aufmerksam gemacht, daß hier Verhältnisse vorliegen, die unser Berichterstatter nicht wissen konnte. Das Schloß Nodde, das hier gemeint ist, gehört nicht dem Herrn Sch., sondern dem Nachlaß seines verstorbenen Bruders. Herr Sch. bewohnt nur ein Landhaus zwischen Waldum und Kappelrod. Herr Sch. hat sowohl Schloß Nodde wie sein Landhaus bei Beginn des Krieges dem 'Roten Kreuz' zur Verfügung gestellt und zahlreiche Verwundete auf seine Kosten versorgt. Nach dem Waffenstillstand hat Herr Sch. sowohl Schloß Nodde wie auch das Landhaus des Nebensitzes Schloßberg als Familienheim für die Verwundeten überlassen. Ein Wohnhaus auf dem Wogelsberg, das Herr Sch. erst kürzlich erworben, soll als Arbeiterwohnhaus ausgebaut werden. Auch das Kirchhaus Weitenbrunn soll, falls der Kauf perfekt wird, Passanten zu dienen. Außerdem hat Herr Sch. während der Kriegszeit eine Suppenküche für arme Kinder unterhalten. Die Bemerkung, daß Herr Sch. nicht im Seeresdienst war, findet dadurch ihre Erklärung, daß derselbe wegen eines Herzleidens als Kriegsfreiwilliger zurückgewiesen wurde.

Wir halten diese Feststellungen für nötig, um etwaigen Unberechtigten Schutzforderungen, die aus besagter Einwendung gezogen werden könnten, entgegenzutreten. Von einer übermäßigen Anspruchnahme von Wohnungen in heutiger Zeit kann jedenfalls in dem Falle nicht gesprochen werden.

**Erholung für unterernährte Stadtkinder.** Die Unterbringung der erholungsbedürftigen Stadtkinder in Familien auf dem Lande begegnet in diesem Jahre aus verschiedenen Gründen größeren Schwierigkeiten als früher. Um den Stadtkindern, die nicht auf dem Lande in einzelnen Familien untergebracht werden können, eine genügende Erholung zu verschaffen, planen die Ortsverbände für die Erdkräuter Freiburg und der Bad. Landesverein für innere Mission teils die Errichtung von Ferienkolonien in einzelnen Städten (zunächst in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg, später auch in Forstheim und Heidelberg), teils die Zusammenfassung größerer Kinderabteilungen in besonderen Erholungsheimen. Den Kindern soll in erster Linie eine ihrer Gesundheit fördernde Ernährung geboten werden und das Ministerium des Innern hat den beiden Organisationsstellen erlaubt, im Lande bei den Landwirten eine freie Sammlung von Lebensmittelvorräten zu dürfen. Lehrer und Schulleiter auf dem Lande mügen sich in den Dienst der Sammlertätigkeit stellen.

**Die Geldforderungen an die Kriegsgefangenen in englischer Hand.** Auf die deutschen Klagen über die langsame Geldzufuhr an deutsche Kriegsgefangene teilte General Haking mit, die Verzögerung liege, soweit die deutschen Kriegsgefangenen in den Dominions und den Kolonien in Betracht kämen, an der geringen Zahl und der schlechten Verkaufbarkeit der Mark. Die in englischer Hand befindlichen Deutschen in Frankreich erhielten oft deutsches Papiergeld, das fast nie eingewechselt sei. Es sei angebracht, daß die Angehörigen stets Postanweisungen schicken.

**Ueber die Wirtschaftslage in Baden wird der 'Karlsruh. Ztg.' von zünftiger Seite mitgeteilt, daß die Kohlenzufuhr auf dem Wasser und mit der Bahn in der ersten Hälfte des Monats Mai wieder begonnen hat, daß sie aber noch ungenügend ist, insbesondere auch in Bezug auf Lokomotivkohlen, bei denen die Einfuhr vorläufig nur den halben Tagesbedarf deckt. Infolge des geringen Umfangs der Kohlenverbringung bewegt sich der Güterverkehr in ganz mäßigen Grenzen. Die Notlage im Baugewerbe ist durch die**

Schwierigkeit der Baustoffbeschaffung infolge des anhaltenden Kohlenmangels immer größer geworden. Die Bauleitungen sind wegen mangelhafter Kohlenlieferung in der Fabrikation sehr behindert, noch schlimmer aber ist die Lage der Zementwerke, die infolge zurückgegangener Produktionsfähigkeit die vorliegenden Lieferungs-aufträge bei weitem nicht erledigen können.

**Schmuggel und Schleichhandel.** Wenn man augenblicklich eine größere Anzahl badischer Blätter liest, so findet man darin eine Menge Notizen über abgefaßte Schleichhändler, Schmuggler und Sammler. Vielfach handelt es sich um kleinere Mengen, — bei geringen Mengen, die für den Hausgebrauch bestimmt sind, tritt in den allermeisten Fällen keine Beschlagnahme ein, — in nicht wenigen Fällen fallen den Kontrollorganen aber auch ganz erhebliche Lebensmittelmengen in die Hände. So wurde in Eimeldingen bei Breda ein schwereladener Kammerer abgefaßt, der in drei Koffern Mehl, Butter, Eier, Speiseöl und Fleisch fortgeschaffen wollte; in St. Georgen i. Schw. verfielen zwei Risten mit zwei geschlachteten Hammeln der Beschlagnahme. In Radolfzell wurde ein Schleichhändler mit seinem Sohn verhaftet die ihre Waren nach Berlin sandten und sich dabei für zwei Pfund Butter 67 M, für ein Pfund Grieß fünf M zahlen ließen. Ferner nahm man in Radolfzell einen Käufer von Konstanz, sowie Vater und Tochter in Haft, die einen schumwichtigen Handel mit schwarzgeschlachtetem Fleisch betrieben. In Radolfzell scheint überhaupt das Dorado der Schleichhändler zu sein. Kein Tag vergeht, ohne daß den dortigen Behörden große Mengen Lebensmittel in die Hände fallen. Vor allem ist der Käse- und Butterhandel im Gange.

**In der Heimat.** Die vorgestern abend aus Spanien hier eingetroffenen Internierten der deutschen Handelsmarine, 5 Offiziere und 45 Mann, wurden heute vormittag in ihre Heimat abtransportiert.

**Frankreich hat neuerdings 2000 franke deutsche Gefangene, die in der Schweiz interniert waren, freigegeben. Ihre Rückkehr nach Konstanz und von dort in die Heimat findet voranschreitend folgendermaßen statt: Am 17. Juni 700 Mann, am 19. Juni 500 Mann und am 24. Juni 800 Mann. In der Schweiz sind dann nur noch 3000 Offiziere und Mannschaften interniert.**

**Touristenklub 'Die Naturfreunde' Rastatt.** Die Pfingsttourtour, eine zweitägige zu den Triberger Wasserfällen und eine eintägige zum Naturfreundebau, verliefen bei schönstem Wetter. In der letzten Vereinsstunde wurde die Gründung einer Reisefahrer-Verseicherungsgesellschaft beschlossen. Sie brachte außerdem einen längeren Vortrag von Mitgliedern über die Bedeutung unserer engeren Heimat, wobei verschiedene Ehrpfeile (Schmalkoggen), die den Wanderer oft so sehr belästigenden Vögeln in verschiedenen Arten, sowie die Daffelblüten des Wildes (z. B. Rehnasienbäume) vorgezeigt wurden. Ausführungen des Redners über die Trinkwasserfrage in amerikanischen Städten, vor der letzten in aller Zeitungen so oft war, bezeichnen diese ganze Sache als Bluff, um den ärmlichen Volksteilen den Genuß des amerikanischen Fleisches zu verweigern; so wenig aber wie die Amerikaner würden wir daran sterben. — Sonntag, 15. Juni, bringt einen gemeinsamen Besuch des Kur- und Badeortes in Baden-Baden. — Der nächste wissenschaftliche Vortrag ist am 3. Juli (Anfänger einheimischer Vögel).

**Der Prozeß Ledebour.**

Zu Beginn der Freitagsstunde wurde der Zeuge Tiefenhausen erneut aufgerufen, da sich zwischen seinen Aussagen und denen anderer Zeugen erhebliche Widersprüche ergeben haben. Es gelang nicht, diese Widersprüche zu lösen.

Zeuge Brühne war bei der Volksmarine-Division. In den kritischen Tagen des Januar, und zwar am 6., hat die Division auf Vorstoß des Zeugen beschossen, in den Kämpfen zwischen der Regierung und den Sozialisten neutral zu bleiben. Ueber diesen Beschluß hat der Zeuge mit dem Angeklagten gesprochen, und der Angeklagte hat seinem Unwillen über diesen Beschluß Ausdruck gegeben. Um fribgen habe Ledebour wesentlich ausgedrückt gewillt. Waffen habe er nie verteilt.

Schumann zu J. A. A. befindet, daß in der Nacht vom 5. zum 6. Januar im Polizeipräsidium entgegen einem noch des Zeugen Annahme von Gichtern aussehendem Befehl Waffen an Zivilisten verteilt worden sind. Auf die Frage Ledebours, ob er nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist.

Nach der Mittagspause erscheint der Zeuge Krüger, ein Beamter des Polizeipräsidiums. Er sagt sein Urteil über Tiefenhausen dahin zusammen, daß dieser der Radikalführer der Radikalen war, der es mit der Wahrheit nie so genau nehme, sich der Urkundenfälschung schuldig gemacht habe und ein Heus Dampf in allen Gassen war, denn es gleich war, für wen er arbeite, wenn er nur Geld verdiente.

Dann erscheint der ehemalige Stadtkommandant von Berlin, Leutnant Fischer. Er hatte von der Regierung den Auftrag bekommen, am 5. Januar einen Ernst in das Amt des Polizeipräsidiums einzuführen. Als Fischer die beiden in sein Zimmer hineinließ, hatte er einen Revolver in der Hand, den er dann aber auf den Tisch legte. Er erklärte, die von Gericht unterzeichnete Verfügung nicht anzuerkennen, nachdem Zeuge noch die Verhaftung Ledebours geschiedert hatte, wurde die Verhandlung vertagt.

Die Verteidigung beantragte, den Kraftwagenführer Wendel, genannt Hoffmann, laden zu lassen, der darüber vernommen werden soll, ob er bei den Verhaftungen der Zeitungen und anderer Gebäude als Spitzel seine Hand im Spiele gehabt habe. Es wird sodann in der Vernehmung des Zeugen Fischer fortgeführt, Fischer hat die Soldaten dahin festgelegt, daß sie auch, soweit sie formell dem Polizeipräsidium zugehört waren, in erster Linie der Kommandantur unterstellt seien und deren Befehle auszuführen hätten. — Rechtsamt Rosenfeld: Haben Sie dazu Gichtern zugezogen, dessen Kompetenz durch Ihre Umarmungen doch berührt wurde? — Zeuge: Nein. — Rechtsamt Rosenfeld: Also hinter dem Rücken Gichters? — Zeuge: Es herrschte damals der größte Wirrwarr. Unter den Soldaten bestand auch Unzufriedenheit, weil sie 1 Mark weniger Lohnung bekamen als die Soldatenwehr.

Der Staatsanwalt wirft sodann die Frage auf, ob hier nicht die Paragrafen der Strafprozessordnung über die Amtsverweigerung in Geltung kämen, so daß der Zeuge für seine weitere Vernehmung erst die Einwilligung seiner vorgelegten Behörde erlangen müsse. Das Gericht bejaht, die Vernehmung des Zeugen Fischer zu unterbrechen, um sich erst die Einwilligung seiner vorgelegten Behörde zu erwirken. Da Fischer vorher angegeben hatte, er könne über seine jegige Stellung genaue Angaben nicht machen, da diese nur 'formal' bestie, beanstandet die Verteidigung diesen Standpunkt des Gerichts. Das Gericht hält seinen Beschluß aufrecht und vertagt die Sitzung bis auf Mittwoch 9 Uhr.

**Gewerkschaftliches.**

**Einführung von Betriebsräten in den bad. Staatsbetrieben.** Eine Vollständigenkonferenz des Bundes Baden des deutschen Verbands der Gewerkschaften in Karlsruhe befaßte sich mit der Einführung von Betriebsräten und sprach sich in einer Entschließung einmütig dahin aus, daß zur Wahrung der Rechte der Staatsarbeiter und Staatsbeamten die Einführung von Betriebsräten in den Staatsbetrieben dringend notwendig sei.

**K. Rastatt, 14. Juni.** Tarifverhandlungen der Angestellten Rastatts. Gestern fand eine Versammlung sämtlicher männlichen und weiblichen Angestellten statt, die im

Mein- und Großhandel beschäftigt sind, um über den Tarifvertrag Beschluß zu fassen. Leiter der Versammlung war der Vorsitzende des Ortsrats der Vereinigten Angestelltenverbände, Kollege Roesch; das Referat hatte Kollege Ranghans übernommen. Der Referent gab den Tarifvertrag bekannt, der allerdings ziemlich weit hinter dem Karlsruher Vertrag zurücksteht. Es entsetzt sich jeder Verantwortung oder Ablehnung des Vertrages da das Kartell beschlossen habe, das Urteil den Verbands-Mitgliedern zu überlassen. Wohl alle Anwesenden waren enttäuscht, viele auch entrüstet. Die Ablehnung oder Annahme des Vertrages ist aber eine so schwerwiegende Frage, daß die Versammlung eine Beschlussempfehlung für nötig hielt und einen Antrag annahm, der dahin ging, daß erst in der nächsten Woche über den Tarifvertrag Beschluß gefaßt werden wird. Heute mittag begannen die Tarifverhandlungen mit der Industrie.

**K. Rastatt, 16. Juni.** Heute Abend 8 Uhr findet im 'Saal Dräusübel' (Poststraße) eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen statt, in welcher über die Tarifverhandlungen der Industrie Bericht erstattet wird. Da außerdem der Tarifvertrag für den Handel besprochen werden soll, ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

**München, 14. Juni.** Wegen Lohnstreitigkeiten ist das technische Hilfspersonal der 'Münchener Neuesten Nachrichten' und der 'Münchener Augsburger Abendzeitung' in den Streik getreten. Beide Zeitungen konnten daher heute früh nicht erscheinen.

**Berlin, 16. Juni.** Infolge des noch immer währenden Streiks des Hilfspersonals der großen Berliner Zeitungen sind diese Blätter heute nicht erschienen.

**Kleine Nachrichten.**

**'Monarchistische' Ausfahrten der Emil Barth-Garde!** Unter vorstehender Überschrift meldet der 'Vorwärts' aus Graubenz: Am 7. d. M. vormittags um 9 Uhr durch Graubenz eine Truppe in kriegsmäßiger Ausrüstung. An seiner Spitze befand sich ein Automobil von Offizieren. Dieses Automobil machte auf dem Marktplatz am Denkmal Kaiser Wilhelm I. halt. Zwei Gruppen Garde-Schützen traten mit vorbereiteten Gurlanden an das Denkmal heran und befranzten es. Die Militärkapelle spielte das Gardebild (Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt) und marschierte dann im Paradezug vorbei. Vom Graubenger Arbeiterklub wurden sofort sehr energische Vorstellungen beim Gewerkschaftsrat des Ortes erhoben. Dieser sprach sein Bedauern über den Vorfall aus, erklärte jedoch, er könne in der Angelegenheit nicht unternehmen, da diese Truppe ihm nicht unterstellt seien. Daraufhin hat der Arbeiterklub eine direkte Beschwerde an den Reichswehrminister Moske gerichtet. In der Graubenger wertigen Bevölkerung hat der Vorgang begrifflich keine große Aufregung verursacht, zumal von vielen Soldaten und Offizieren keine fälschen mitgeführt worden sind, sogar Kaiserstandarten und Kaiserbilder.

**Schießerei in Bamberg.** In der letzten Nacht griffen fünf entlassene Soldaten einen Posten einer Infanterielafete mit Gewehrfeuer an. Dieser erwiderte das Feuer. Die fünf Angreifer wurden festgenommen. Das ganze stellte einen Raubakt entlassener Mannschaften dar.

**Eine Hilfsaktion des Kapfels.** Zur Binderung der Not der Armen in Deutschland hat der Posten des Zentralausschusses des Vereinigungsbundes 50 000 M. zur Verfügung gestellt.

**Niesenbrand in Pfalz.** Einer Neulandung aus London zufolge richtete eine Feuersbrunst in Pfalz ein großes Warenlager in Trarforstadt ungeschoren Schaden an. Gegen 10 Uhr abends waren 10 Warenlager zerstört und 11 ernstlich beschädigt. Der Verlust geht in die Hunderttausende von Pfund Sterling.

**Deutsche Ferienkinder in Finnland.** Mit dem Dampfer 'Valtio' trafen in Helsinki 99 deutsche Ferienkinder, die die Sommermonate in finnischen Familien zubringen sollen, ein. Die meisten Kinder sind auf dem Lande untergebracht worden. Eine zweite kleinere Gruppe wird Mitte des Monats erwartet.

**Feldpostkarten nach der Türkei zugelassen.** Wie der Waffenstillstandskommission seitens der Alliierten mitgeteilt wurde, ist nunmehr die Sendung für Feldpostkarten an die in der Türkei zurückgebliebenen deutschen Truppenteile über das Feldpostbüro Spa gestattet worden.

**Die Interessierten des Volksweh.** Den Blättern zufolge gab General Gallier, der Chef der französischen Militärmission, den zuständigen Stellen Kenntnis davon, daß Frankreich eine Verminderung des Standes der Volkswehr in Anbetracht der Arbeitslosigkeit für den Augenblick nicht herbeiführt zu sehen wünsche, vielmehr habe die französische Mission, welche sich von dem Elend der Familien der Volkswehangehörigen vergewissert habe, sich aus rein menschlichem Empfinden entschlossen, die Milchversorgung der Kinder sowie die Lebensmittelversorgung der Familien zu übernehmen.

**Kämpfe im Osten.** Das litauische Oberkommando berichtet unter dem 6. Juni: Am 6. Juni haben unsere Truppen auf der ganzen Linie den Vormarsch angetreten und in Richtung Kupitsch-Daugpilis wichtige Punkte erobert. Die geschlagenen feindlichen Verbände wurden von unseren Erkundungsabteilungen hart verfolgt und stüßten unter Zurücklassung ihrer Waffen oder suchen sich in Wäldern zu verbergen. In Dinaburg herrscht Panik. Die rote Armee rückt sichtlich nach Smolensk ab.

**Ein schwerer Raubüberfall.** Am Donnerstag mittag gegen 1 Uhr wurde auf der Straße nach den Postbüros von sechs bis acht Banditen der Kassenwagen der Postkutsche überfallen. Die Banditen raubten einen Betrag von 1 1/2 Millionen Mark, der für die heutige Lohnzahlung bestimmt war. Zwei Beamte, die sich im Wagen befanden, wurden überfallen, einer durch Bauchschuß schwer verletzt. Die Räuber sind mit den Geldböden in den nahen Wald entkommen. Polizei und Militär nahmen die Verfolgung auf, die bisher ergebnislos war. Anscheinend handelt es sich auch hier wieder um die holländische Einrederbande.

**Ein Unfall des Dampfers 'Graf Waldersee'.** Das Reutersche Büro meldet aus Neuport, daß der Dampfer 'Redonno' am Donnerstag den deutschen Dampfer 'Graf Waldersee', der nach Drest unterwegs war, und 100 Meilen von Sandi Hoof gerammt habe. Der Maschinenraum des Dampfers 'Graf Waldersee' ist voll Wasser, man glaubt aber, daß das Schiff gerettet werden wird. Zwei Dampfer stehen ihm bei. Sie haben die Passagiere und die Besatzung an Bord genommen. Nach einer späteren Meldung wurde der 'Graf Waldersee' bei Longbeach auf Long Island an Strand gesetzt. 400 Passagiere und die Besatzung sind an Bord des Dampfers 'Patricia'. Mehrere Mitglieder der Besatzung wurden beim Rammen verwundet.

**Aus der Partei.**

**Arbeiter-Jugend.** Die sieben erschiene Nr. 11 des ersten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Das Erziehungs- und Jugendbildungsprogramm der Arbeiterjugend. — Der Tod des Sozialismus. — Fritz Tschadow. — Die neue Schule und der Sozialismus. — Fritz Tschadow: Wie der Dampf in den Dienst des Reichens trat. (Mit Abbildungen). — Auch du! Gebieth von Emil zu Schönaich-Carolath. — Handgranaten oder Bildung? Von Karl Horn. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit.

1. Nacht, 16. Juni. Jugendorganisation. Bei schönem Wetter findet morgen, Dienstag, ein Spaziergang statt. Treffpunkt 1/8 Uhr im „Nappen“.

Einmaliger 7. Reichstagswahlkreis. Die Vertrauensleute und Ortsvorstände der sog. Partei werden dringend gebeten, ein namentliches Verzeichnis der Bürgerauswahl- und Gemeinderatsmitglieder an den Kreisvorstand N. Winter Goldgasse 10 zu senden.

Von der „Neuen Zeit“ ist heute das 11. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Wort zur Sozialisierungsfrage. Von A. Ellinger. — Ausland und der Bolschewismus. Von A. Ledoc. I. — Gemeinshaft und Gesellschaft. (Grundbegriffe der reinen Soziologie.) Von Ferdinand Tönnies. — Philosophie und Bildungsarbeit. Von Hans Marquand. — Vermögensabgabe. Von Karl Vorländer. — Die Jugendgeschichte eines Arbeiters. Von L. Wesen. — Literarische Rundschau: Bruno Frank, Von der Menschlichkeit. Von Paul Dehria.

Kommunalpolitik.

Die Gemeindevahlen in Forchheim.

Forchheim, 11. Juni. Die Gemeindevahlen liegen hinter uns, brachten jedoch nicht das Ergebnis, das sie uns auf Grund der derzeitigen Verhältnisse hätten bringen sollen. Bei der Bürgerauswahl erhielten wir 270 Stimmen (17 Sitze, darunter 8 Frauen), das sind nur 90 Stimmen weniger als bei den Reichstagswahlen. Die bürgerlichen Parteien, Zentrum und — Nationaldemokraten —, die eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten, erhielten 476 Stimmen (31 Sitze und zwar 21 Sitze, 10 Dem.). Als frühere Gegner des Frauenwahlrechts, die sie ansehend auch heute noch sind, hatten sie für die Gemeindevahlen keine Frauen aufgestellt, umso eifriger aber sich um Frauenstimmen bemüht.

Bei den Gemeinderatswahlen erhielten wir 800 Stimmen — 2 Sitze (bisher 4), die Bürgerl. 481 Stimmen — 4 Sitze, 3 Sitze, 1 Dem. (bisher 3 Sitze, 2 Dem.). Die Demokraten gingen bei den letzten Gemeinderatswahlen, wo sie sich auf eigene Füße stellen, leer aus, was ihnen jedenfalls auch diesmal wieder passiert wäre, wenn nicht vorher dieser Ausschluß (echt demokratisch) nach rechts stattgefunden hätte. Wir hätten von Seiten der bürgerlichen Arbeiterpartei etwas mehr Interesse für die Gemeindevahlen erwartet, eine regere Wahlbeteiligung hätte unter allen Umständen stattfinden müssen. Am Mittwoch räteneren und schimpfen ist zweifellos als zielbewußter Arbeiter muß man von jenem Wahlrecht Gebrauch machen und wer dies nicht tut, hat auch kein Recht Kritik zu üben.

Ein Teil der Schuld am Wahlausfall ist auf das Treiben der U. S. P. zurückzuführen, es blieben insbesondere jüngere Leute der Wahl fern. Wegen die Parteigenossen aus diesem Wahlergebnis die richtige Lehre ziehen und künftig ihre Kraft mehr wie bisher in den Dienst der Partei stellen.

Noch einige Worte zur bevorstehenden Bürgermeisterwahl. Bekanntlich hatten wir bei den letzten Bürgermeisterwahlen 1912 und 1913, wo jede Partei ihren eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, je 3 Wahlgänge und wurde dann beim letzten Wahlgang 1913 der vom Zentrum in letzter Stunde aufgestellte Kandidat H. Fütterer mit Hilfe der Sozialdemokraten zum Bürgermeister gewählt; Fütterer legte Ende April wegen Altersschwäche sein Amt nieder. Nun haben die sogenannten Demokraten bei ihren Wahlabsichtungen gleich ganze Arbeit geleistet und dem Zentrum ihren Vorstehenden und früheren Bürgermeisterkandidaten H. Nagel als solchen präsentiert, welcher Vorschlag jedoch nicht bekannt ist, vom Zentrum auch angenommen wurde. All zu stolz auf diesen Erfolg — wenn es soweit kommt — braucht kein Teil zu sein wie können insbesondere die Freigeistigkeit des Zentrums nicht begreifen, das den Herren Demokraten zu dem Gemeinderatswahl auch nach den Bürgermeisterwahlen einräumt und der schwächsten Partei so in den Sattel hilft. Da muß doch im Zentrumslager irgend etwas nicht in Ordnung sein, oder fehlt es an der nötigen Intelligenz? Wenn ja, dann: „armes Zentrum“, dann hat es die stärkste Partei wirklich weit gebracht, und die Politik, die bisher von den — Demokraten — in der Gemeinde getrieben wurde, ist entschieden auch vergessen.

Unsere Partei hat zur Bürgermeisterwahl noch nicht Stellung genommen, wir wollen abwarten, ob nicht noch in letzter Stunde eine Aenderung eintritt; wenn nicht, schadet uns auch nichts, darauf können sich jedoch die Herren dieser Woche gefaßt machen, daß unsere Partei insbesondere auch unsere Vertreter auf dem Rathaus jederzeit auf der Hut sein werden.

Durlach, 13. Juni. Es geht uns folgende Veräglichung zu: Es ist nicht wahr, daß die Nationalfraktion der U.S.P. der gemeinsamen Sitzung demonstrativ fernblieb, wahr ist, daß sie von dieser Sitzung keine Kenntnis hatte. — Es ist nicht wahr, daß sämtliche Fraktionsführer ihre Einverständnis mit der Bürgermeisterwahl am 11. Juni erklärten. Der Unterzeichnete hat sowohl mündlich beim Herrn Bürgermeister als auch schriftlich beim Gemeinderat gegen den frühen Wahltermin Einspruch erhoben. Wenn die Mehr-

heitspartei einen sozialdemokratischen Bürgermeister gewählt hätte, warum empfahl sie dann den bisherigen mit der Begründung, „ein sozialdemokratischer Bürgermeister könne auch nicht besser für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten“. Es war der Mehrheitspartei doch bekannt, daß die U.S.P. dem bisherigen Bürgermeister nicht die Stimme geben würde.

Die Nationalfraktion der U.S.P. Durlach: Hermann Rindermann, Vorsitzender. \* Ettlingen, 11. Juni. In Schielberg wurde der Kandidat der vereinigten Bürgerpartei, Bahnarbeiter Wilhelm Best, zum Bürgermeister gewählt.

\* Grödingen, 16. Juni. Bei der gestern hier abgehaltenen Gemeindevahl erhielten die sozialdemokratische Partei 567 Stimmen und 8 Sitze, die freie Bürgervereinspartei 355 Stimmen und 2 Sitze, die Demokraten 345 Stimmen und 2 Sitze und die Unabhängigen 196 Stimmen und 1 Sitz.

Muggensturm, 15. Juni. Bei der heute vorgenommenen Gemeinderatswahl erhielt die Liste der sozialdem. Partei 4 Sitze, die des Zentrums ebenfalls 4. Untere Stimmen haben gegen die Bürgerauswahlwahlen um 87, die des Zentrums um 54 zugenommen. Die U.S.P. hatte Stimmenverluste erlitten und auch Sitze durchgegeben.

m. Gochsheim, 10. Juni. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt Gemeinderat Peter Lepp 230 Stimmen, Gottlieb Müller 224 Stimmen. Im ganzen wurden 468 Stimmen abgegeben, 6 Stimmen waren unglücklich und 8 Stimmen zerplittert. Es ist der Schlafmüdigkeit einiger Arbeiter zu verdanken, wenn der Ausgang der Wahl nicht der uns erwünschte ist. Hätte ein Jeder voll und ganz seine Pflicht getan, so wären gut noch 7 bis 8 Stimmen aufzubringen gewesen; indes füllte sich Jeder seiner Sache zu sicher und glaubte über die Arbeit unserer Gegner lachen zu müssen, besonders über jene des Herrn A. Seih, der die Frauen mit einem Eifer herbeischickte, als ginge es um seinen eigenen Namen. Den meisten Wählern war aber auch nicht klar, daß mit der Wahl des Herrn Peter Lepp auch gleichzeitig Kaufmann J. G. B. als Gemeinderat wieder ins Amt kommt, der nun im Kommunalverband ungehindert weiter arbeiten kann, über dessen Tätigkeit während des Krieges und bis jetzt noch allerlei Klagen zu hören waren. Nun kann die Wertschätzung im alten Schlimm weitergehen. Die, die diesen Ausgang der Wahl miterschuldet haben, haben aber kein Recht mehr, zu schimpfen oder sich zu beschweren, denn bei ihnen trifft das Sprichwort voll und ganz zu: Nur die allerdingstimmigen Wähler wählen ihren Negler selber!

Göndelsheim, 7. Juni. Mittwoch, 4. Juni, fand die erste Bürgerauswahlprüfung des neugewählten Bürgerausschusses statt. Als einziger Punkt der Tagesordnung stand „Reubanten“ zur Beratung. — Das von den Gemeinden zu leistende Viertel zu den Leberlösen bei etwaigen Wohnungsnot vor dem Ausbruch der Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt. Kommissarische Wismarsch wurde jegliche Wohnungsnot besprochen, obwohl Familien mit 6 erwerbenden Personen in einem Raum hausen müssen, eine andere Familie hat die Hälfte ihrer Möbel in einem Stallhaus stehen. Wenn von höherer Behörde nicht eingeschritten wird, gehen die Mieter schlimmen Tagen entgegen. Vom Rathaus ist nichts zu hoffen. Dem Bezirksamt wurde schon vor einem Vierteljahr die Errichtung eines Mietlingsamtes angetragen, man hat noch nichts davon gemerkt. Anwartschaft und Egoismus sind hier vorherrschend. Im neuen Volksstaat hat aber jeder ein Recht auf eine Wohnung, das kann es vornehmen, daß die Gemeinde bauen muß. Dies könnte aber mit sich bringen, daß dann tiefer in den Gemeindefiskus gegriffen werden muß, als der geordnete Zustand dies veranlaßt hätte.

Bürgerentscheidungs in Bretten. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Schemenau mit 48 Stimmen wiedergewählt. Sechs Stimmen waren unglücklich und 18 Stimmen entfielen auf den sog. Kandidaten.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 16. Juni.

Parteierversammlung.

Die Sonntag Morgen im Saal 3 der Brauerei Schreybühl stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins war außerordentlich gut besucht, der Saal war vollbesetzt. Der Parteivorsitzende Gen. Schwerdt gab einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen der Parteien in der Bürgermeisterfrage; an den Bericht schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, die auch auf das allgemeine politische Gebiet hinüberspielte. Besonders betont wurde von verschiedenen Seiten, daß unsere Parteigenossen nun endlich einmal gegenüber dem wüsten Treiben der Unabhängigen und Kommunisten aktiver werden möchten, sich dem gewissenlosen Treiben und unverantwortlichen Gebahren jener Leute entschieden entgegenstellen sollten. In

der Frage der Bürgermeisterwahlen bewegte sich die Aussprache in denselben Rahmen wie bei der kürzlichen Generalversammlung; es ist der Wille der Partei, daß in dem bisherigen System auf dem Karlsruher Rathaus ein Wandel, eine Aenderung eintritt. Die Aussprache ergab, daß die Genossen dem bisherigen Vorgehen und Verhalten der Fraktionsvertreter und der Fraktion zustimmen.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete das Münchener Todesurteil gegen Levin, zu dem Gen. Dr. Kraus das Referat übernommen hatte. In Form wie Inhalt trefflichen Ausführungen behandelte der Referent unsern Standpunkt in diesem Falle, der sich von dem der U. S. P. und Kommunisten dadurch unterscheidet, daß wir Nichtsternheit und Klarheit in der Beurteilung walten lassen müssen. Die Politik und die Verhältnisse in Bayern, besonders in München sind bei der Beurteilung maßgebend. Nicht Arbeiter und Realpolitiker spielten die führende Rolle in München, sondern eine schriftstellerische idealistische Clique, die die Konjunktur ausnützte. Die Wirklichkeit infolge ihres reinen Idealismus nicht beachtend, schritten sie zur Erfüllung ihres Ideals — die Räterepublik und die Diktatur entsand. Levin hat seine Anhänger in den schrecklichen Krieg in München hineingekojt, weil sein edler Idealismus kein Opfer für zu gering ansah. Er trägt für all das Elend und die Opfer, die der Bürgerkrieg in München erzeugte, die Gesamtverantwortlichkeit. Wir legen gegen das Urteil und deren Vollstreckung Protest ein. Das Standgericht pocht nicht mehr in die heutige Zeit hinein und vor allem hätte es nicht vom Militär gehandhabt werden sollen.

Die Setze seitens der Linksparteien ist nicht angebracht. Für die unmenschlichen Taten an den Realpolitikern Gen. Kner-München und Neuring-Dresden haben U. S. P. und Kommunisten keine Proteste übrig gehabt. Mehr politische Verantwortlichkeit gegenüber den Notwendigkeiten des Staat und Gesellschaft ist erforderlich. Levin selbst zeigte sich größer als seine Freunde von links, er hat nicht gemammert und gezögert, denn er wußte, daß in einem solchen Falle das Leben gegeben werden muß. Neben Scheidemann haben Ministerpräsident Gen. Hoffmann und ebenso die bayerischen sozialistischen Minister sich gegen die Todesstrafe gewandt. Die Kabinettfrage konnte nicht gestellt werden, dies hieß zugleich bei den gegenwärtigen Verhältnissen den Bestand des bayerischen Staates aufs Spiel setzen, das neue Putzsch, eine neue Räterepublik im Gefolge hätte haben können.

Die schrecklichen Uebergriffe seitens des Militärs und den Tod an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, verurteilen wir ebenso entschieden, wie wir jedes Opfer der Revolution bedauern. Aber es ist die Taktik von links, die den Militarismus hervorgerufen. Die Monopolpolitik verschwindet, wenn sich alle Arbeiter, gleich welcher Färbung, hinter die Regierung, hinter den Staat stellen. Wir verlangen Verrückung der militärischen Macht des Belagerungszustandes, weg mit dem Standgericht! Was Levin begangen, war ein Verbrechen an sozialistischen Staate, den wir nur Stück für Stück aufbauen können. Es ist kein Zufall, daß größtenteils die Studenten und Theoretiker auf dem linken Flügel der Sozialisten stehen, da ihre Anschauungen nur auf Theorien aus Büchern entstanen, die nicht der realen Wirklichkeit entsprechen und die Volkswirtschaft nicht ertragen kann.

Wir aber stehen fest auf dem Boden des 9. November und des Erfurter Programms, wehren uns gegen Angriffe von rechts und links auf das neue sozialistische und demokratische Deutschland.

Durch allseitigen Beifall gaben die Genossen und Genossinnen ihr Einverständnis zu den Ausführungen des Gen. Dr. Kraus kund. Die in letzter Nummer veröffentlichte Resolution des Gewerkschaftsartikels im Falle Levin wurde im Sinne noch einstimmig angenommen.

Nachdem Gen. Schwerdt noch auf die Frauenversammlung am Mittwoch und auf die am 25. Juni stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam gemacht hatte, schloß er die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung.

Schon wieder eine Erhöhung der Gas-Wasser- und Strompreise.

Raum sind 7 Wochen verstrichen seit der letzten Erhöhung der Gas-Wasser- und Strompreise und schon wieder kündigt der Stadtrat eine Erhöhung der Preise für die Verbilligung dieser zum Leben und der Volkswirtschaft unerlässlichen Gü-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das Landestheater im Konzerthaus.

„Sobest tanzt Walzer“. Operette; Musik von Leo Fischer. Für „klassische“ Operetten sind sich die dreijährige Operettenperiode nicht erübrigen zu können. Es fehlt eben auch den „nach-klassischen“ Operettenmakel so groß, daß sich bei verbundenen Augen übersehen läßt, daß eine oder andere als ganz brauchbar erweisen. So dieses recht nette und gefällige Stückchen, das sich „Sobest tanzt Walzer“ nennt, das nicht viel Radum macht, auch kein besonderes Ereignis darstellt, das man sich aber ansehen kann ohne irgendwelche Schäden zu leiden. Die Dosis Sentimentalität ist wieder mal recht stark verabreicht. Schmalz, für den man bei dieser Hitze eine eifrige Angst bekommt. Man kann mit ruhigem Gewissen jedes Konfirmandenmädchen hineinsehen, es ist absolut ungeschädlich. Sie „irren“ sich — joga — am Schlusse nicht für die Nicht-mehr-Konfirmandenmädchen bleibt der mehr oder weniger anschauliche Trost, daß der Peperl, in den sich die Prinzessin verliebt hat, den sie nun noch nicht heiraten kann — das Stück ist vor der Revolution gemacht —, daß der nun — Hofkapellmeister wird und somit in ihrer Nähe bleibt. Es kommt also jedes auf seine Kosten. — Die Musik ist gut! Mit etwas Akzentwählern gewaschen, frisch, melodisch und anständig instrumentiert. Sehr nette Wiener Walzer mit ein wenig Creme, aber gut, recht gut sogar.

Die Inszenierung von Fritz Sande verdient ungeschätztes Lob. Das Wiedererzählen des ersten Aktes z. B. vor wirklich geschmackvoll. Richard Vannholzer am Pult schleppt vor allem nicht, die Melodien geben sich bei ihm in rechter frische. Rudolf Rath-Motta als Dominik Gauzendorf vor besonders auch in der Darstellung eine schöne Leistung; seinem Töchterchen Lise von Betty Laßinger kann das gleiche Zeugnis ausgestellt werden; die Natürlichkeit ihres Spiels wirkt sehr wirkend. In der Aufführung, über die wir berichten, hatte Hans Norden an Stelle von Fritz Sande den Plunderer übernommen. Der Kragenbesitzer wie er im Auge steht. Diesmal war es aber doch ein hübscher arg. Das Publikum hat er ja stets mit seinem Karrieren auf seiner Seite. Er soll es aber auch für das „leichtere“ Operettenpublikum nicht zum Sensationsstücken

kommen lassen. — Diesmal zeigte sich Kurt Koch-Oberland als Peperl von sehr vornehmlicher Seite. Gesanglich nicht übermäßig, ließ er uns mehr die Darstellung — besonders als Očekalner hätte er sich sehr wohl — zu erfreulicher Wirkung gelangen. Paul Wrede (der Partner von Betty Laßinger) verleiht sehr viel. Er singt für einen Spieler sehr gut. Er ist auch sehr sicher, man hat etwas als Prinzessin bombastische Töne. Nüchtern war ihr Lied „Ach bin die Prinzessin“, woran sich etwas als „Xalala“ fälscht. Geschmacklos, wie vieles andere. Etwas mehr Temperament darf sich die Sängerin nicht aneignen. Steht ihr gewiß sehr gut. Ganz regend waren die 12 Stimmle und insbesondere Selma Mangal. Raffisch Wiederholung des Prinzessinnenlieds. Es war aber auch z. u. nett! — Es wurde kräftig gefächelt; ein recht hübscher Abend. Die Blumenversorgungen gehen auch wieder los. — s. k.

Tanz-Abend Fimie Rée. Man mag nun ein Liebhaber solcher Tanzluste sein oder nicht; eins steht bei Fimie Rée fest: Sie kann tanzen. Sie hüpf nicht und macht, angebracht oder unangebracht, nirgendwo argente Verwirrungsstümpel. Das plastische Ausdruckvermögen des Tanzes wird nach meiner Meinung sehr überschätzt; doch, was Fimie Rées Tanzen einem jeden nahebringt, ist ihre wundervoll graziose Linienführung. Und, wie sie die Gegenstände zum Ausdruck brachte, war nicht das mechanisierende Bein-Bein-Bein so vieler anderer, sondern ihre Verbilligung wurde organisch aus der musikalischen Grundlage. — Und noch eins war äußerst wohltunend: Sensationshörer lassen die Begleitung lange präferieren, damit die „Spannung“ um so größer wird, bezw. werden soll; das gibt für Fimie Rée nicht, sie läßt nicht lange auf sich warten, und so drückt sich das Verbilligen auf Effekt in allem aus; nichts von tabakart-artiger, den Aufschwung von „Mavrit“ erwidern folgender Beerdigung; Borneheit und Feinheit überall. Was man die Szene des verbilligten Verrot für ein Kabinettstück feinsten Charakterisierung und geschmackvollster Stillheit! Die Morgenstimmung von Grieg sah ich schon von Frau Allan gelangt. Anders, aber nicht besser! — Nun es also zusammenzufassen: Fimie Rée ist eine exzellente Künstlerin vor allen Dingen. Und hat eine eminent musikalische Verbilligung. Man hüpf: so muß sie tanzen, anders könnte sie gar nicht. Daher folgt man ihr auch bis zum letzten Augenblick mit

gepanntester Aufmerksamkeit. Und diese Wirkung auf das in nicht gebührend großer Zahl erschienene Publikum war auch ganz offensichtlich und kam in herzlichstem Beifall zum Ausdruck. — Wilhelm Ober, der am Flügel waltete und mit einigen Solofüßen seine Talenproben ablegte, begleitete die Tänze äußerst wohl-tuend und mit künstlerischem Ausdruck. — Ein Abend, in allen Teilen befriedigend, nicht zuletzt in der äußeren Ausmachung. Den Verantwortlichen ist es hoch anzurednen, daß sie die Mühe der Erbilligung des Bodnuns nicht scheuten und auf diese Weise einem jeden Auge gestatteten, sich an der Pracht der mehr als geschmackvollen Kostüme sattsehen zu können. Wenn etwas die Künstlerin als solche rein äußerlich dokumentieren soll, so sind es diese gewesen. Man hüpf sie eben, wie alles „gesehen“ haben; also: vivat sequens!!

Nach-Abend. Schon der starke Besuch, Saal der Vier Jahreszeiten, zeigte das große Interesse an den Werken wie an den ausübenden Künstlern. Und man hüpfte sich nicht getäuscht. Als erstes brachte der Abend eine Sonate in G-dur für Klavier, Flöte und Violine. Die bewährte Geigerin Margarete Schweifert, Dr. H. M. Popp, der sich hier bereits einen Namen gemacht hat, und Karl Spittel hatten sich in diesem Werk zu feinsten Wiederbegehrung vereinigt. Der erste und dritte Satz verdienen besondere Hervorhebung. — Die Flöte ist das Instrument, dessen sich nach mit besonderer Liebe bedient. In der anschließenden Sonate für Flöte und Klavier konnte Karl Spittel sich als trefflicher Künstler zeigen. In der folgenden Kantatenahe hatte er die obligate Flöte übernommen. Dora Popp schien nicht ihren besten Tag zu haben; und doch verhalf ihre prächtige Altstimme, die wir bereits anderorts zu bewundern Gelegenheit hatten, dieser wie der nachfolgenden Arie („Ich will doch wohl Rosen brechen“) zu herrlicher Wirkung. Dr. Popp zeigte, daß zwischen Begleitern und Begleiteten ein Unterschied ist; er kam der Singstimme aufs glücklichste entgegen. Das von Robert Reich wieder hergestellte Violinsonert in D-moll beschloß den Abend. Die Erneuerung eines solchen Werkes gibt uns mehr als zehn unserer Musikschüler von heututage. Margarete Schweifert spielte außerordentlich temperamentalvoll; sie verleiht auf jeden Effekt und gibt wirkliche Kunst. Die Begleitung des Klaviers konnte allerdings das Orchester nicht ersetzen. Dr. Popp tat sein Möglichstes und entlockte dem Flügel reiche Klangwirkungen. In reichem Beifall kam der Dank für den genutzreichen Abend zum Ausdruck. — s.

richtungen an. Die Erhöhung soll betragen für Gas 10 Pf. für Wasser 5 Pf. pro Kubikmeter und für Kraftstrom 5 Pf. und für Lichtstrom 10 Pf. per Kilowattstunde.

Begründet wird die Erhöhung mit den gestiegenen Kohlenpreisen und den erhöhten Ausgaben für Beamte und Arbeiter. Die Gründe, die hier zur Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise angeführt werden, sind nicht so ohne weiteres abzulehnen. Aber wir sind doch der Ansicht, daß dieses Weiterhinausschrauben der Preise einmal ein Ende haben muß, selbst wenn die Rentabilität dieser Betriebe in Frage gestellt würde. Die fehlenden Beträge müßten eventuell durch allgemeine Steuern aufgebracht werden.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe. Berichtend sei mitgeteilt, daß der Kassier, Gen. Hermann Lang nicht Kaiserstraße 45, wie es in der Mitteilung vom letzten Samstag irrtümlich hieß, sondern Kaiserstraße 46 wohnt.

Schiedspruch für die Buchdruckerhilfsarbeiter. Die Unterhandlungen wegen einer Feuerungszulage für das Hilfspersonal in den hiesigen Buchdruckereien, die am 2. und 4. Juni 1919 stattfanden führten zu keinem Resultat, es wurde der Schlichtungsausschuß angewiesen, der am 13. Juni folgender Schiedspruch fällte:

Am 5. Mai 1919 werden für das Buchdruckerhilfspersonal folgende Feuerungszulagen bezahlt:

Für Männliche: Bis zu 18 Jahre 12 Mark die Woche, von 18 bis 21 Jahre 16 Mark die Woche, über 21 Jahre 18 Mark die Woche.

Für Weibliche: Bis zu 18 Jahre 10 Mark die Woche, über 18 Jahre 14 Mark die Woche.

Der Urlaub beträgt: Von 16 Jahre ab nach 1-jähriger Tätigkeit 3 Tage, steigend um 1 Tag bis zum Höchsttag von 19 Tagen.

Arbeiterabschlüssenbund. Unsere Mitglieder werden gebeten, sich heute Montag, abend 8 Uhr vollständig bei Kar-

sen, Kaiserstraße 56 einzufinden zu wollen. Es ist eine sehr wichtige Sache zu besprechen. Gäste sind willkommen.

Gasperre und Milchausgabe. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Bekanntlich findet hier die Milchausgabe hauptsächlich morgens nach 8 Uhr statt, also zu einer Zeit, wo kein Gas mehr vorhanden ist. Nun sollte die Milch, die ja größtenteils für Kinder bestimmt ist, gleich abgekocht werden, denn wird gewartet bis wieder Gas vorhanden ist, so wird sie schlecht. Aber Gas ist keines da und Feuer im Herd zu machen ist doch zu unrentabel. Es wäre deshalb erwägenswert, ob nicht abends die Gasperre früher eintreten könnte, um sie dann morgens nicht so früh eintreten lassen zu müssen.

Unersaubte Tanzveranstaltungen. In letzter Zeit mußten wiederum eine größere Anzahl Wirt- und Vereinsvorstände mit erheblichen Geldstrafen bestraft werden, weil sie zu den Tanzveranstaltungen von Vereinen und geschlossenen Gesellschaften trotz wiederholter amtlicher Warnung auch Nichtmitglieder und nicht besonders geladene Gäste gegen Eintrittsgeld zugelassen haben.

Die Angestellten-Ausschüsse und Vertrauensmänner des Handels werden auf Montag abend 1/8 Uhr in den Saal 8 Schrempf-Waldstraße, zu einer Besprechung des Tarifvertrags eingeladen.

Auslandsforderungen. Die Handelskammer Karlsruhe teilt uns mit, daß Forderungen an in Ungarn ansässige Personen, Firmen usw. beim Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland in Berlin W. 35 Potsdamerstraße 38, angemeldet werden können.

Einkaufsgenossenschaft Karlsruher Obst- und Gemüsehändler. Vor einiger Zeit wurde hier eine Einkaufsgenossenschaft Karlsruher Obst- und Gemüsehändler (Elog) gegründet, die den Zweck hat, durch gemeinsamen Einkauf von Obst und Gemüse bei den Produzenten und im Auslande das Publikum mit billigen Nahrungsmitteln versorgen zu können. Angewiesene sind auch in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Wörzheim ähnliche Genossenschaften gegründet worden. Die haben nun am Pfingstmontag hier eine Vertreterversammlung abgehalten. Es wurde die Gründung eines Landesverbandes

beschlossen und in weiteren Städten Obst- und Gemüseerzeugergesellschaften zu gründen, so in Rastatt, Offenburg und Konstanz. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde Herr Heinrich Bauer, Karlsruhe gewählt, zum Vizepräsidenten Herr Reichskommissar Dr. Köstlin. Die Karlsruher Genossenschaft wurde mit einem Kapital von 80 000 Mk. gegründet. Man hofft in den nächsten Tagen einen Preissturz auf dem Gebiet der Erdbeererzeugung zu erzielen.

Wir begrüßen die Bestrebungen der Genossenschaft zur Erreichung eines Preissturzes der Erdbeeren, denn die Erdbeerbreite sind geradezu skandalös und man muß sich nur wundern, wenn sich hier bis jetzt nicht Dinge abspielten, die recht unerwünscht wären.

Letzte Nachrichten.

Wegen die bolschewistische Agitation in Amerika. Dem „Telegraph“ zufolge meldet die Times aus Washington: Die amerikanischen Behörden haben energische Maßnahmen gegen die Anarchie in getoffen. In New York wurde die sogenannte Gesellschaft der russischen Sowjetrepublik durchsucht und eine große Anzahl aufregerischer Literatur beschlagnahmt. Der bolschewistische Vertreter in Amerika, Ludwig Martin, und sein Personal wurden verhaftet und vor die Staatskommission zur Untersuchung der aufregerischen Agitation gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

A. S. Wenden Sie sich in Ihrer Steuerangelegenheit an das Arbeitersekretariat in Karlsruhe, Wilhelmstraße 47.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts). Dienstag abend keine Probe. Nächste Singstunde Freitag abend, punkt 8 Uhr, Grünwald.

Verantwortlich für den Gesamtkont: Hermann Winter; für den Angeigentell Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Turmstr. 24.

Hygiene der Ehe. Aertzlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg. Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organen. Körperliche Ehefähigkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Stillfähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten usw. - Enthaltensamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. - Eheliche Pflichten, Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. - Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gefäßkrankheiten. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefährden späterer Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. - Bezug gegen Einsendung von M. 2. - franko oder gegen Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 78.

Zahlungsaufforderung. Das Schulgeld für das III. Drittjahr 1918/19 für die Goetheschule, Humboldtschule, Oberrealschule, Realschule, Lessingschule, Pflüchterschule und Handelsschule, Herbstklasse ist zur Zahlung verfallen. Zahlungspflichtige, welche mit der Bezahlung des Schulgeldes noch im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, ihre fällige Schuldigkeit bis spätestens 18. ds. Mts. an der zu bezahlen. Wer diese Frist versäumt, hat die durch Ortsstatut festgesetzte Versäumnisgebühr zu entrichten, welche beträgt bei Schuldschulden:

von mehr als 10 M.	bis zu 10 M.	20 S.
50	100	1.- M.
100	250	2.-

Durch Mahner wird nicht mehr gemacht, vielmehr mußte nach Ablauf der oben angegebenen Frist Zwangsverfügung gegen die Schuldner angeordnet werden. Zahlungen eruchen wir bargeldlos zu leisten, wobei auf dem Wechselt die Schule und Ordnungszahl des Forderungsetzels angegeben ist. Karlsruhe, den 2. Juni 1919. 4012 Stadthauptkasse A.

Intern. Art.-Verb. „Sicher wie Gold“ e. V. Sektion Karlsruhe. Donnerstag, den 19. Juni (Freiwilligenamstag) findet nach der Festhalle Durlach unser diesjähriger Tanzausflug verbunden mit Spezialitäten-Programm statt, zu welchem erste Barre- und Cabaretsträfte ihre freudl. Mitwirkung zugesagt haben. Eintrittskarten à M. 2.00 für Herren und M. 1.00 für Damen sind bei sämtlichen Mitgliedern und an der Kasse zu haben. Unsere Freunde und Gönner bitten um geneigten Zuspruch Der Vorstand.

Wunden. offenes Flösse, Krampfadern, Leiden heilt sogar in verzweifeltem Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende Schmerz- u. juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2.- u. 3.75 Mk.; überall zu haben. Man halte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tutoy-Laboratorium, Saittelhörn-Rominten 7. Engroslager bei Leopold Fiebig.

Nat u. Hilfe! Gefuche werden bestens angefertigt. Kaiserstr. 157 IV.

Briefmarken-Sammlungen und alte Briefschaften aus den Jahren bis 1870 kauft zu höchsten Preisen Wilh. Wolffschlag, Heidelberg. Auf Wunsch komme zum Verkäufer. 4273

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angekauft in Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52. Tel. 3747.

Ausgekauft Frauenhaare kauft 2808 Doktor Decker, Gaarhdlg., Kaiserstr. 32. Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34, 1 Tr. Strickjacken Mk. 72.- an weiße und farbige Schossblusen Kinderkleider Reichsware, alle Größen.

COLOSSEUM. Ab Montag, den 16. Juni 1919 Gastspiel Blatzheim Der Meister des Kölner Humors mit seiner erstklassigen Gesellschaft. Der grösste Schlager der Spielzeit! Neu! Die schwebende Jungfrau! Neu! Zum 1. Male! Schwank in 3 Akten v. Bach u. Arnold.

Lüchtige Polsterer für erstklassige Arbeit finden dauernde Beschäftigung. Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit an Hof-Möbelfabrik A. Dietler, Freiburg i. Br.

Besser als gewöhnliche Bügel-Kohlen ist Glühstoff „Amor“ Zu beziehen durch M. Stromeyer Lagerhaus-Gesellschaft Karlsruhe-Rheinhafen

Von der Reise zurück Frau Dr. Kahn-Wolz Dr. Kahn prakt. Aerzte Kriegsstrasse 130. 4279

Die Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstraße 18, empfiehlt aus der Lehrmeister-Bücherei: Aufschubhan. Mit 14 Abb. 40 S. (Nr. 228). Die Krankheiten der Obstgewächse. Mit 45 Abb. 80 S. (Nr. 58/9). Schädlings des Beerenobstes Mit 16 Abb. u. 1 Farbtafel. 80 S. (Nr. 211/2). Monatskalender f. den Obstbau. 40 S. (Nr. 45). Die natorische Brut und Aufsicht der Sämling. Mit 14 Abb. 40 S. (Nr. 265). Die künstliche Brut und Aufsicht. Mit 27 Abbildungen. 40 S. (Nr. 180). Stuben- Kuckuckst mit selbstfertigen Brutapparat. Mit 28 Abb. 80 S. (Nr. 365/6). Fackelmeister. Anleitung zur Selbstfertigung. Mit 30 Abb. 80 S. (Nr. 301/2). Tomatenkrankheiten. Mit 2 Abbildungen. 40 S. (Nr. 239). Reueitlich. Tabakbau. Mit 10 Abb. 40 S. (Nr. 339). Gelmarzellen f. den Garten. Mit 60 Abb. 40 S. (Nr. 375). Zubringende Säuberung. 38 Abb. 80 S. (Nr. 225/8). Die wichtig. Ferkelungsarten u. ihre Anwendung. Mit 84 Abb. 40 S. (Nr. 244). Spalter- und Zwerggöhl. Mit 25 Abbild. 40 S.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!

Empfehle mich zum Ankauf von Offiz. Uniformen Schmucksachen aller Art Wäsche usw



Gef. Angebote erbitet: Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft, Leonardsstr. 52, Telefon 8747

# Besonders preiswerte Damen-Hüte

Verkauf im Lichthof. Solange Vorrat.

Moderne Hutformen	verschiedene Geflechte	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
darunter elegante Modellformen . . . . .		3.50	7.50	12.50	18.50
Garnierte Damenhüte	moderne Garnituren	5.50	9.50	14.50	19.50
Hut-Blumen, Ranken und Buketts		.95	1.50	1.95	2.50

Einen Posten Kinder-Hüte Stück 2.25

Geschwister **KNOPF**

Modell-Hüte im Preise bedeutend ermäßigt.

**Häuser**  
mit und ohne Geschäft sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das Liegenschaftsbüro **M. Busam**, Karlsruhe, Ferrenstr. 88, 1221, Telefon 5530.

**TABAK**  
Mischungen in höchster Vollendung für Wiederverkäufer. Preisliste, freil. Vertreter gesucht! **M. Gutmann**, Berlin O 27, Alexanderstr. 22.

**Tuch-Abfälle**, Lumpen, Plätschen, Metalle, Papier, Tier- und Menschenhaare kauft **Geuerstein**, Waldhornstraße 37, Telefon 8481, 4110

**Diplomaten-Schreibstift** neu, eigen, zu verkaufen. Schillingstr. 7, IV., rechts.

**Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe**  
Eheausgehöte, Andreas Bechel von Kitzig, Rechtsanwalt in Wangen, mit Elise Straub von Elm; Oskar Berger von Hebronn, Betriebsleiter in Wittimshausen, mit Elisabetha Bacher von hier; Paul Biegand von Wiefenrode, Vieleschneiderei hier, mit Vertha Pippel von hier; Heinrich Mann von Dörsingen, Hausmeister hier, mit Josefine Dörmann von Rheinmünster; Mich. Fankhauser von Regeleburg, Mechaniker hier, mit Luise Schiell von hier; Stefan Käufer von Ruff, Straßenbahnführer hier, mit Maria Pfister von Hülpershausen; Nikolaus Scheuch von Rastatt, Postbote hier, mit Dorothea Müller von Kreuzweilheim; Karl Friedrich von Mühlbach, Bag. nführer hier, mit Elisabetha Felle von Elm; von Förg; Hermann Radmann von hier; Carl hier, mit Adolfin Schauler von Mühl; Wilhelm Wender von hier, Kaufmann hier, mit Marie Landmesser von Wretten; Oskar Deuchler von hier, Kaufmann hier, mit Elise Gobel von Unterlittorf; Alexander Meißner von Lutsch, Essendirektor hier, mit Vertha Braun von hier; Egon Buder von hier, Kaufmann hier, mit Maria Weiser von hier; Johann Schlotterbeck von Sulzfeld, Bahnarbeiter hier, mit Karoline Duss von Elm.



**ODEON-MUSIKHAUS KARLSRUHE**

**Für Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen**  
wird in Baden eine große Zahl von **Ärzten und Sanitätsunterpersonal** bei Abnahmecommissionen Mannheim, Offenburg und Konstanz, Durchnaumbauern (Mannheim, Tauberbischofsheim, Karlsruhe, Rastatt und Heuberg) und in Kazeretten gesucht.  
**Helft unseren Kriegsgefangenen zur schnellen Rückkehr in Heimatsort und Familie.**  
**Beschleunigte Entlassung der Heimkehrer hängt von der Zahl des Sanitätspersonals ab.**  
Ärzte wollen sich sofort schriftlich an das Sanitätsamt XIV. A. K. wenden unter Angabe der Art und des Ortes der gewünschten Verwendung. Logaristikbeschäftigung läßt nebenamtliche Dienstleistung in Dienst im Durchgangslager nicht. Bei Abnahmecommissionen tätige Ärzte müssen jederzeit — auch nachts — auf Abruf zur Verfügung stehen.  
**Beginn: Von Beginn der Gefangenenauslieferung abhängig.**  
**Dauer:** Unbestimmt, von Auslieferungsfolge durch die Geuer abhängig.  
**Vergütung:** 10—20 M. täglich am Wohnort des Arztes 15—25 M. täglich an heftigen, je nach Art der Dienstleistung.  
**Sanitätspersonal:** Entlassene Sanitäts-Unteroffiziere, Militär-Krankenwärter, Heilgeusen, Krankenpfleger, Kranenträger, Angehörige von Sanitätskolonnen usw. wird von der Sanitätsabteilung 14 angeworben.  
Bei schriftlicher Meldung Angabe über bisherige und jetzt gewünschte Verwendung. Wünsche werden weitgehend berücksichtigt. Ausweise und Zeugnisabschriften beifügen.  
**Vergütung:** Ortsübliche Lohnsätze.  
Einstellung erfolgt als Zivilangestellter auf Vertrag. **Generalkommando XIV. A. K. IVb 1b**

**Wer bestelle: Freiwilliges Landesjäger-Korps**  
Werbestelle Durlach  
stellt noch gediente Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge ein.  
Außerdem Angehörige, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1.66 m groß, 80 cm Brustumfang haben. Amtl. Erlaubnischein der Eltern mitbringen.  
— Auskunft daselbst. — 3998  
Geöffnet von 9—1 vorm., 2—6 Uhr nachm.

**Sämtliche städtische Verkaufsstellen**  
werden ab Montag, den 16. Juni 1919 geschlossen.

- in den Filialen der Firma Pfannhuch & Co.:  
Nüpprerstraße Nr. 21  
Rheinstraße Nr. 25  
Weiertheim: Balacherstr. Nr. 1.
- in den Filialen des Lebensmittelvereins:  
Gerrenstraße Nr. 17  
Kurvenstraße Nr. 13  
Rintheimerstraße Nr. 18.
- in dem Hauptgeschäft der Firma Bucherer:  
Röhlingerstraße Nr. 21.  
Karlsruhe, den 14. Juni 1919.

**Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.**  
Süß- und Säurepreise  
Gültig in der Zeit vom 16. Juni bis 22. Juni 1919 einschließlich für die Stadt Karlsruhe und die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfund	Gemüse	Pfund
Weißkraut . . . . .	80	Schnittkohl . . . . .	40
Wirsing . . . . .	45	Marjolein . . . . .	40
Spinat . . . . .	70	Petersilie . . . . .	50
Erbsen, grün . . . . .	60	Nudeln, Wiener . . . . .	15-20
Kohlrabi . . . . .	70	und Eiszapfen . . . . .	Pfund
Kapfalat . . . . .	20-40	Rhabarber . . . . .	50
Lauch . . . . .	45	Zwiebeln m. Schl. . . . .	65

An allen Waren, sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.  
Das Zurückhalten angeblich verkaufter Waren ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkte ist, muß vom Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.  
Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise.  
Karlsruhe, den 13. Juni 1919. 4129  
Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

**Gmail-Geschirre**  
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2806  
**Geschirr-Reparaturanstalt**  
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.  
**„D'Latern“**  
für Dialekt-Humor ist erschienen. Preis 30 Pf.  
Volksbuchhandlung Adlerstraße Nr. 1A.

## Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 15. Juni bis 21. Juni 1919.

- Suppenwürfel u. Grünkernmehl, 1 Suppenwürfel (300 g) Preis 80 Pfg. oder 150 g (1 Kaffee) Grünkernmehl. Preis 65 Pfg. gegen die Marke A Nr. 114.
  - Kochfertige Suppen (eigener Herstellung) 100 g gegen die Marke B Nr. 114. Preis M. 8.20 für 1 kg.
  - Marmelade, 1/2 Pfd. gegen die Marke C Nr. 114 Preis M. 2.60 für 1 kg.
  - Erbsen, 125 g gegen Marke D Nr. 114, Preis M. 1.80 per kg.
  - Mantoca (brasilianischer Gries) 500 g gegen Marke E Nr. 114. Preis M. 4.25 per Pfund.
  - Kaffee gebrannt, 250 g gegen Marke F Nr. 114, Preis M. 6.50 per 1/2 Pfund.
  - Seringe in den allgemeinen Lebensmittelgeschäften von Nr. 388-390, gegen Marke J Nr. 114, 1 Stück 85 Pfg.
- Wir ersuchen dringend, die diesmal nicht zur Einlösung kommenden Marken aufzubewahren.
- Leigwaren als Kartoffelersatz, 250 g gegen Sondermarke A Nr. 114. Preis M. 1.82 per kg.
  - Zucker 300 g gegen Zuckermarkte Nr. 114.
  - Frühbrot, markenfrei, M. 1.50 per Paket.
  - Stärkeersatzmittel, 1 Paket gegen die Zulassungs-marke für Kinderernährungsmitel A Nr. 114. Preis 90 Pfg.
  - Holsteiner Weißkraut getrocknet, markenfrei, zum Preis von M. 2.25 für das Pfund.
  - Holsteiner Rotkraut getrocknet, markenfrei, zum Preis von M. 2.40 für das Pfund.
  - Stöckfische frisch gewässert, in den städt. Verkaufsstellen, den Fischhandlungen und einschlägigen Geschäften markenfrei. Preis M. 1.40 für das Pfund.
  - Fett, zusammen 100 gr und zwar 50 gr Butter und 50 gr Margarine zu M. 4.40 per kg, gegen die Fettmarken C und D Nr. 114 mit Anfang in den Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis 50 Dienstag, den 17. bis Donnerstag, den 19. Juni; in den Fettverkaufsstellen Nr. 51 bis 100 Donnerstag, den 19. bis Samstag den 21. Juni; in den Fettverkaufsstellen Nr. 101 bis 200 Samstag den 21. bis Dienstag, den 24. Juni 1919. — In den Geschäften Nr. 3 bis 18, Nr. 79 bis 85 und Nr. 166 bis 170 wird Landbutter, in allen übrigen Geschäften Tafelbutter abgegeben.
  - Eier, 1 Ei gegen Eiermarke Nr. 114 in den Verkaufsstellen Nr. 1 bis 222 vom Dienstag, den 17. bis Samstag, den 21. Juni 1919. Sammelmarken werden mit 3 Eiern für 5 Personen eingelöst.
- II. Die Verteilung von Kaffee erfolgt ab Donnerstag den 19. Juni 1919, die der übrigen Waren ab Dienstag, den 17. Juni 1919.
- III. Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit, für Kaffee und Mantoca bis 1. Juli, für die anderen Waren bis Dienstag, den 24. Juni 1919.
- IV. Für die Woche vom 22. Juni bis 28. Juni 1919 sind zur Verteilung vorgelesen:
- |                           |                       |
|---------------------------|-----------------------|
| Leigwaren 500 g           | Weißkraut, Holsteiner |
| Suppen, Kochfertige 100 g | Rotkraut, Holsteiner  |
| Marmelade 500 g           | Frühbrot              |
| Bohnen 100 g              | Stöckfische           |
| Sago 100 g                | Fett                  |
| See                       | Eier                  |
| Del                       |                       |
- Karlsruhe, den 13. Juni 1919.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

### Sozialdem. Verein Karlsruhe Frauensektion.

Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Arauc“, Ecke Douglas- und Amalienstraße,

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht der Sektion.
2. Neuwahl des Vorstandes.

Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung ist es Pflicht aller Genossinnen zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Städtisches Schwimm- und Sonnenbad Karlsruhe

am Rheinhafen, Straßenbahnhaltestelle.

Bei warmer sonniger Witterung wird die Anstalt bis auf Weiteres 1 Stunde früher, um 7 1/2 Uhr vormittags geöffnet.

Die Badezeit für Frauen im Schwimmbad beginnt an diesen Tagen um 9 1/2 Uhr vormittags.

Am **Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr** spricht

Landeswohnungsrat **Dr. Kampffmeyer**  
im **grossen Rathaussaal** über

### Wohnungsnot und Heimstätten-gesetz.

Eintritt 50 Pfg. — Freie Aussprache.

### Badisches Landestheater.

Montag, den 16. Juni 1919. 4262  
Montagsmiete Nr. 35.  
**Erdegeist.**

Tragödie in vier Aufzügen von Frank Wedekind. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr

### Städtisches Konzerthaus.

Montag, den 16. Juni 1919. 4263

### Wo die Lerche singt ...

Operette in drei Akten von Dr. Willner u. H. Reichert. Musik von Franz Lehár. Anfang 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

### Männer

Dorn- und Wafenseiden, Ausflus um, gepöbelt und anseprobt, auch in verarbeiteten Fällen, sind meine ersten **Santoi**-Kapeln. Preis Originalkarton M. 7.-, 3 Kartons M. 20.-.

Silberbraut, Verstandshaus 203, Berlin N. 4, Invalidenstr. 8. 4262

### Gut möbl. Zimmer

zu vermieten. 4266  
Marienstr. 18, 3. St.

### Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Gb.-Nr. 6211/70a 82 am Lärreplatz an der Kriegerstraße 117a. Schätzung: 90 000 M.  
Versteigerungstermin: Dienstag, den 29. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunst gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 18. Mai 1919. 3616  
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

### Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Gb.-Nr. 3749, 3 a 18 qm mit Gebäuden, Dirschstraße 66. Schätzung: 45 000 M.  
Versteigerungstermin: Donnerstag, den 21. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunst gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 15. Mai 1919. 3632  
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

### Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Gb.-Nr. 3040: 1 a 98 qm mit Gebäuden, Werderstr. 61. Schätzung: 44 000 M.  
Versteigerungstermin: Donnerstag, den 28. August 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunst gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 13. Juni 1919. 4275  
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

# Serien-Verkauf

Solange Vorrat!

in

Solange Vorrat!

# DAMEN - HÜTEN

4 Serien

## Hutformen

moderne Formen in schwarz und farbig

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
350	750	1250	1850

4 Serien

## garnierte Damenhüte

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
550	950	1450	1950

Ein grosser  
Posten

## Hutblumen, Blüten, Buketts u. Ranken

95 und 145

3 Serien

## garnierte Kinderhüte

Serie I	Serie II	Serie III
225	395	495

# Herm. Schmoller & Co.

### Mitbürger!

Simmer noch muß mit Unruhen gerechnet werden. Ganz offen verlangen extreme Elemente den Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Verwirklichung unserer Staatsordnung mit Waffengewalt. Dies würde den Bürgerkrieg bedeuten.

Die Regierung, die die freie Meinungsäußerung im weitestgehender Weise duldet, muß aber bereit und gerüstet sein, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, um Ruhe und Ordnung im badischen Land aufrecht zu erhalten.

Schon die Tatsache allein, daß die Regierung über Machtmittel verfügt, wird erhebliche Sicherheit bieten, so daß von frevelhaftem Versuch, die Ruhe im Lande durch Gewalt zu stören, wohl abgesehen wird.

Die Regierung hat die badischen Freiwilligen-Bataillone aufgestellt, auf die sie in der Stunde der Gefahr sich voll verlassen kann. Die Zahl der Bataillone ist aber beschränkt, einmal durch das Verbot der Entente, dann aber auch, weil es notwendig ist, daß ein jeder Mann, der arbeiten kann, jetzt für den Staat arbeitet.

Die Reserve-Miliz-Bataillone sollen daher der badischen Volksregierung die Mittel geben, wenn verwerfliche Elemente trotz alledem den Versuch machen, die Ruhe und Sicherheit im Lande zu stören und die Regierung gewaltsam zu stürzen, diesem verwerflichen Treiben mit aller Energie entgegenzutreten.

Ohne Rücksicht auf Rang und Stand soll Arbeiter, Bürger und Beamter, ein jeder, der bereit ist, die badische Volksregierung zu schützen, in diese Batail-

lone eintreten. Wie im August 1914, wo das Vaterland von außen in Gefahr war, wird jetzt wieder ein jeder, ob arm oder reich, aufgerufen, zur Verteidigung des Vaterlandes gegen die noch viel schlimmere Gefahr, die ihm von innen droht, gegen die, die das fürchterliche Unglück des Bürgerkriegs über unser Vaterland heraufbeschwören wollen.

Der Ministerpräsident:  
Geiß.

### Richtlinien für Errichtung der badischen Reserve-Miliz-Bataillone.

1. Im Anschluß an jedes badische freiwillige Bataillon wird ein Reserve-Miliz-Bataillon aufgestellt, das aus 3-6 Infanterie-Kompagnien und aus 1 M.-G.-K. besteht.

2. In das Reserve-Miliz-Bataillon kann aufgenommen werden, wer mindestens 1/2 Jahr im Feld stand und sich dort tadellos geführt hat; ein jeder tritt ohne Rücksicht auf seine frühere militärische Stellung — ob Offizier oder Unteroffizier — als Mann ein. Er muß eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er gewillt ist, die badische Volksregierung unter allen Umständen gegen Angriffe von rechts und links zu schützen und im Dienste unbedingten Gehorsam zu leisten.

3. Der Stab des Reserve-Miliz-Bataillons sowie die Kompagnieführer, die möglichst Hauptleute sein sollen, werden von der badischen Volksregierung im Benehmen mit dem Generalkommando des 14. Armeekorps bestimmt. Die Zug- und Truppenführer wählt sich jede Kompanie selbst.

4. Übungen der Reserve-Miliz-Bataillone finden nicht statt, dadurch wird das Bataillon von Zeit zu Zeit zusammengerufen, um die Schlagfertigkeit nachzuprüfen, die Anwesenheit festzustellen, dienstliche Maßnahmen zu besprechen und eventuell neue Einteilungen vorzunehmen.

5. Waffen für das Bataillon sind an bestimmten Plätzen niedergelegt.

6. Wird der Belagerungszustand erklärt, so tritt das Bataillon unter die Waffen; außerdem kann die Einberufung durch die badische Volksregierung erfolgen und in dringenden Fällen bei Ausbruch von Unruhen oder bei unmittelbar drohender Gefahr von dem Bezirksamt des Standortes unter Benachrichtigung der badischen Volksregierung.

7. Sobald das Bataillon unter Waffen steht, gilt es als aktives mobiles Bataillon, auf das die Bestimmungen für aktives Militär, insbesondere auch bezüglich Verpflegung und Entschädigung bei Anfallen u/v. zur Anwendung kommen.

8. Beim ersten Appell ist festzustellen, wer Uniform besitzt; jeder, der im Besitz von Uniform ist, kommt bei Alarm in Uniform; Offiziere, die als Mannschaften eingestellt sind, ohne Abzeichen. Für die nicht im Besitz von Uniform befindlichen Leute wird solche, soweit es möglich ist, bei den Waffen bereit gelegt.

9. Für die Mitglieder der Reserve-Miliz-Bataillone liegen Armbinden bereit mit dem Stempel der Regierung und der Aufschrift: „Reserve-Miliz-Bataillone der badischen Volksregierung“. Diese Armbinden gilt als vollgültiger Ausweis.

Täglich Meldungen auf jeder Polizeistation und dem Geschäftszimmer des Res.-M.-B., Postfach 2. 4270

### Freireligiöse Gemeinde

Dienstag, 17. Juni,  
abends acht Uhr:  
**Generalversammlung**

Rebenzimmer  
„Vier Jahreszeiten“

Stadt.

### Vierordfabad.

Kohlensäure Bäder und elegante

### Wannenbäder

I., II. u. III. Klasse.  
Für Herren u. Damen  
geöffnet: Werktags  
vorm. 9-1 Uhr, nachm.  
2 1/2-7 1/2 Uhr, Samstag  
auch über die  
Mittagszeit geöffnet.  
An Sonn- u. Feiertagen  
geschlossen. 397a

### Taschenuhren

auch reparaturbedürftig,  
kauft

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft  
Markgrafenstraße 22.